Grundwasserraubbau im Hessischen Ried Seite 3 Seite 3

1 H 3752 CX

Proletarier aller Lander und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 8, 23. Februar 1979 12. Jahrgang 50 Pfennig

RUB Bochum
Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.
SZD 3426

Überfall auf Vietnam

China hetzt zum Weltkrieg

In den frühen Morgenstunden des 17. Februar überschritten chinesische Truppen — nach dem Hitlerschen Motto „Ab 5 Uhr wird zurückgeschossen" — in breiter Front die Grenzen Vietnams. Und wie die Nazi-Propaganda 1939 den Überfall auf Polen und damit den Ausbruch des zweiten Weltkrieges wochenlang mit Greuelmeldungen vom Überfall polnischer Bürger auf Deutsche vorbereitet hatte, so hatte Peking wochenlang die Weltpresse mit Meldungen von vietnamesischen Übergriffen auf chinesisches Territorium gefüttert.

Und wie Hitler zur „Bestrafung" der Polen, schritt jetzt Deng Xiaoping zur „Bestrafung" der Vietnamesen. Wie aber damals Polen mit dem imperialistischen England, so ist heute Vietnam mit der sozialimperialistischen Sowjetunion verbündet. Was, wenn wie vor vierzig Jahren die Engländer den Polen, heute die Sowjets den Vietnamesen zum Beispiel durch einen Entlastungsangriff auf China zu Hilfe eilten? Dann wäre zweifellos der dritte Weltkrieg in die Nähe gerückt.

Denn ein Krieg zwischen der Sowjetunion und China könnte früher oder später zu einem Eingreifen des USA-Imperialismus, der NATO führen. Und was heute bereits im Interesse imperialistischer Großmächte in Vietnam und Kambodscha geschieht, daß Arbeiter auf Arbeiter, Bauern auf Bauern, Klassenbrüder auf Klassenbrüder schießen, würde sich dann auch in Europa, in Deutschland abspielen.

Was jetzt im blutigen Einfall Chinas in Vietnam einen vorläufigen Höhepunkt erlebt, hatte bereits vor längerer Zeit begonnen. Im jahrzehntelangen heldenhaften Kampf hat das vietnamesische und später auch das kambodschanische Volk die amerikanischen Imperialisten vom Boden ihrer Heimat vertrieben. Damals gab es noch keinen sowjetischen „Freundschafts- und Beistandsvertrag" mit Vietnam. Im Gegenteil, in dieser für Vietnam und Kambodscha so schwierigen Zeit, als die USA-Aggressoren mordend, bombend und brandschatzend im Lande standen, befleißigten sich die Herren im Kreml friedensheuchlerischer Zurückhaltung, um es mit ihren amerikanischen Freunden nicht zu verderben, und auch Chinas

Fortsetzung auf Seite 11



Chinesische Artilleriestellung

Gefängniszellen bereitgestellt

Albrecht rüstet für Gorleben

Am vorletzten Wochenende trafen sich in Braunschweig 1.300 Vertreter von Bürgerinitiativen aus dem gesamten Bundesgebiet, um ein gemeinsames Vorgehen gegen den Aufbau einer Atommülldeponie in Gorleben zu beraten.

Die betroffenen Bauern aus der Gegend von Gorleben haben beschlossen, einen Treck von Gorleben nach Hannover zu organisieren, um ihren geschlossenen Widerstand gegen das Atomprojekt, das ihre Existenz in Frage stellt, zu demonstrieren. Schon am 7. Februar hatten sie mit ihren Traktoren unter Parolen wie „Gestern Gaskammern, morgen Atomstaat" demonstriert.

Die niedersächsische Landesregierung plant, die Bevölkerung durch 100.000 Flugblätter über den Nutzen dieser selbstmörderischen Anlage aufzuklären. Da sie aber selber nicht an die Wirkung ihrer Aktion glaubt, hat sie vorsorglich 100 Gefängniszellen der Justizvollzugsanstalt Celle räumen lassen. Man müsse ja schließlich die anfallenden Untersuchungsgefangenen anständig unterbringen, hört man aus dem Justizministerium, und außerdem sei es ein Risiko, Gefangenentransporte in einer Krisensituation abzuwickeln.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende des Bundesgrenzschutzes hält den Einsatz von Einheiten der Bundeswehr für möglich.

Wieder Schneesturm in Norddeutschland

Für die Katastrophe sorgt der Staat

Nach der verheerenden Schneekatastrophe in Norddeutschland Anfang Januar wurden von den Behörden notwendige Vorbereitungen auf neue Katastrophen nicht getroffen. „Eine Schneekatastrophe wie diese gibt es vielleicht alle hundert Jahre einmal", schwätzte der schleswig-holsteinische Innenminister Titzck im Kieler Landtag. — Die Katastrophe ließ aber nicht so lange auf sich warten. In der letzten Woche legte ein neuer Schneesturm das von den Verantwortlichen unvorbereitet gelassene Norddeutschland aufs neue lahm.

Auch diesmal war Räumgerät bei weitem nicht in ausreichender Menge vorhanden. Erst am Mittwoch wurden von den Verantwortlichen Geräte aus den südlichen Bundesländern angefordert.

Bis Samstagabend hatte der Schneesturm schon zehn Todesopfer gefordert. Sachschäden in Höhe von mindestens einer Milliarde Mark waren entstanden.

Wieviele Schäden hätten abgewendet, wieviele Leben gerettet werden können, wenn die Verantwortlichen fähig gewesen wären, die Lehren aus dem ersten Schneesturm zu ziehen? Wenn es um ihre Diäten, um Subventionen für die Kapitalisten oder um die Kommunistenhetze geht, dann sind die Herren Politiker schnell bei der Hand. In punkto Wohlergehen und Sicherheit der Bevölkerung dagegen wird auch das Nötigste versäumt! Daß der Schneesturm nicht noch verheerendere Folgen hat, ist nur der Tatkraft und Umsicht der betroffenen Bevölkerung selbst zu verdanken!

Werktätige Mütter: 17 Stunden Arbeit täglich

In Westdeutschland haben drei von vier Arbeiterinnen mit Kindern unter 15 Jahren einen 17stündigen Arbeitstag. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie von Wissenschaftlern der Universität Gießen. Die Wissenschaftler befragten rund 400 zumeist Fließbandarbeiterinnen und führten in 50 Haushalten eingehende Analysen durch. 81 Prozent der Frauen haben eine Arbeitswoche von 40 Stunden und brauchen täglich eine Stunde für den Weg von und zur Arbeit. Außerdem sind sie wöchentlich 35 Stunden im Haushalt beschäftigt.

Die doppelte Last von Lohnarbeit und Familie, die auf dem Rücken vieler Frauen liegt, ist enorm. In Westdeutschland betrug der Anteil der Erwerbstätigen an der Gruppe der Mütter mit Kindern unter 15 Jahren 1976 rund 40 Prozent. Diese Quote war in den sechs letzten Jahren von 35 auf 40 Prozent angestiegen.



Arbeiterinnen bei Siemens

Ruhrgebiet: Zentrum der Arbeitslosigkeit

Nach einer Untersuchung des „Instituts der deutschen Wirtschaft" (IW) hat sich das Land Nordrhein-Westfalen zu einem neuen Zentrum der Arbeitslosigkeit herausgebildet. Städte wie Oberhausen, Bochum, Dortmund und Köln, die laut IW vor drei Jahren noch auf einem günstigen Platz in der Arbeitslosenstatistik lagen, sind nun in die Gruppe der „schlechtesten" Bezirke abgerutscht. Im Ruhrgebiet, wo die gewaltigsten Kapazitäten an Industrie und Arbeitsplätzen zusammengeballt sind, befindet sich nun auch die größte industrielle Reservearmee.

Zweifelhafte Erfolge der Bundesbahn

Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bundesbahn, **Dr. Wolfgang Vaerst, ist stolz darauf**, daß 1978 das milliardenschwere Defizit der Bahn von 4,64 Milliarden Mark nur um 116 Millionen Mark **über (!)** dem Defizit des Vorjahres liegt. Das erklärte er in der vergangenen Woche, als er die Bilanz der Bundesbahn für das letzte Jahr vorlegte.

Dr. Vaerst ist stolz darauf, daß die Bundesbahn vom 1.11.74 bis 31.12.78 75.000 Mitarbeiter wegrationalisieren konnte. (Diese Planziffer sollte eigentlich erst zum 31.12.79 erreicht sein.)

Dr. Vaerst ist stolz darauf, daß es der Bundesbahn gelungen ist, in großem Umfang Streckenstillegungen vorzunehmen, die besonders die Landbevölkerung hart treffen.

Dr. Vaerst ist stolz darauf, daß der Gesamtschuldenberg der Bundesbahn im letzten Jahr nur um 550 Millionen Mark (knapp 2 Prozent) auf 30,37 Milliarden Mark gestiegen ist.

Dr. Vaerst hat weitere Maßnahmen angekündigt, um seine stolze Erfolgsserie fortzusetzen.

Den gegenwärtigen Bestand von 343.000 Dienstkräften will er bis Ende 1983 auf 300.000 drücken; in diesem Jahr will er sich von 12.850 Mitarbeitern trennen, 9.800 Dienstkräften und 3.050 Nachwuchskräften.

Ob ihm allerdings seine „Mitarbeiter" zu diesen Erfolgen gratulieren, ist eine ganz andere Frage!

Studie beweist: Krank durch Umweltverschmutzung

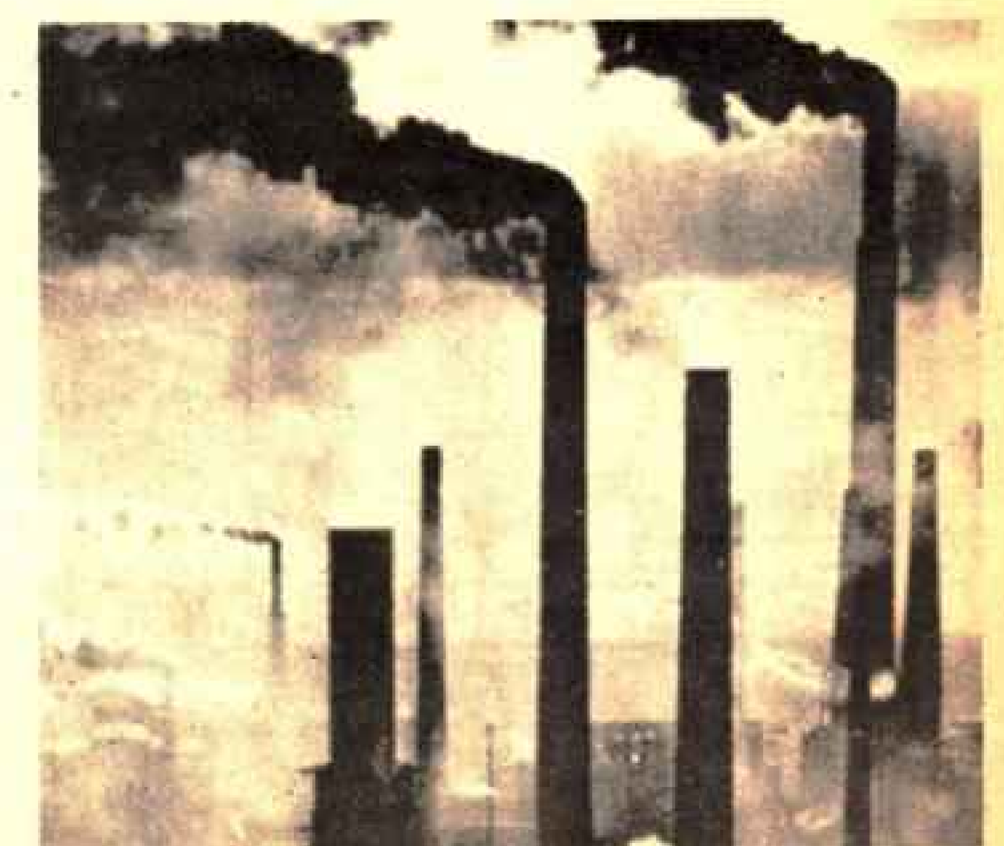
Daß die Umweltverschmutzung durch die großen Konzerne die Menschen krankmacht, ist seit langem bekannt. Nun ist der Zusammenhang auch wissenschaftlich erwiesen worden.

Die Untersuchung wurde durchgeführt von Medizinern des Instituts für Lufthygiene und Silikoseforschung an der Universität Düsseldorf. Sie untersuchten Kinder und Erwachsene der stark luftverschmutzten Dortmunder Innenstadt und verglichen die Ergebnisse mit den Befunden aus dem weniger verschmutzten Dortmunder Stadtrandgebiet und aus dem Gebiet um Kleve am Rhein. Es zeigte sich: Je höher der Ausstoß von Gasen und Feinstaub durch Industriebetriebe ist, desto häufiger sind die Erkrankungen, vor allem der Atemwege.

Bei 73 Prozent der 497 untersuchten Kinder im Alter von sieben bis acht Jahren aus Dortmund-Mitte fanden die Wissenschaftler geschwollene Halslymphknoten und bei 72 Prozent geschwollene Rachenmandeln. Die Vergleichszahlen waren 64 bzw. 66 Prozent für Kinder aus dem Dortmunder Randgebiet und 56 bzw. 34 Prozent für Kinder aus Kleve.

Von den untersuchten Erwachsenen im Alter zwischen 61 und 63 Jahren litten in der Dortmunder Innenstadt 15 Prozent an Erkrankungen der Atemwege — mehr als doppelt so viel wie in Kleve (6 Prozent). Insbesamt wurden 2.000 Erwachsene — Nichtraucher und nicht

Fortsetzung auf Seite 2



Luftverschmutzung im Ruhrgebiet

ROTER MORGEN **Kommentar**

Zum Wohl des Kindes?

Kürzlich hat die Regierung einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Familienrechts, genauer des Abschnitts über die Rechte und Pflichten der Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder, vorgelegt. Bleiben sollen den Eltern selbstverständlich ihre Pflichten. Wie sie ihre Kinder großbekommen, ist weiterhin ihr Problem. Beschnitten werden sollen dagegen ihre Rechte bei der Erziehung der Kinder. Und zwar zugunsten größerer Rechte des Staates, in das Familienleben einzugreifen. Zum Wohl des Kindes, wie die Regierung erklärt.

Nun gibt es natürlich jedes Jahr zahlreiche Fälle, wo Eltern die Abhängigkeit der Kinder von ihnen mißbrauchen, sie verwahrlosen lassen oder mißhandeln. Daß diesen Kindern geholfen werden muß, ist klar. Aber — einmal ganz davon abgesehen, daß das Problem der Kindesmißhandlungen durch gesetzliche Regelungen nicht gelöst werden kann, weil es gesellschaftliche Ursachen hat — geht es denn dem Staat wirklich um den Schutz dieser Kinder? Sollen wirklich ihretwegen die Rechte des Staates gegenüber den Eltern erweitert werden? Wir meinen: Nein. Denn in den oben genannten Fällen konnte der Staat auch bisher schon eingreifen. So wird nach geltendem Recht etwa 7.000 Mal im Jahr Vätern oder Müttern das elterliche Sorgerecht entzogen, werden ca. 250.000 Mal Jugendgerichtshilfen angeordnet usw.

Das sind hohe und erschreckende Zahlen. Aber beweisen sie, daß das Wohl unserer Kinder vor allem durch ihre Eltern gefährdet ist? Die Regierung möchte es so hindrehen. An die 20 Mal ist in dem vorliegenden Gesetzesentwurf vom „Wohl des Kindes" die Rede, und immer ist es der Staat, der in der Rolle des Wächters über das kindliche Wohl gegenüber den Eltern auftritt. So heißt es jetzt etwa anstelle des alten § 1666, in dem bei schwerem Mißbrauch des elterlichen Sorgerechts das Eingreifen des Staates vorgesehen war, im neuen § 1666 ganz pauschal und allgemein: „Wird das persönliche Wohl des Kindes gefährdet und sind die Eltern nicht gewillt oder nicht in der Lage, die Gefahr abzuwenden, so hat das Vormundschaftsgericht die erforderlichen Maßnahmen zu treffen." Was aber dieses „persönliche Wohl des Kindes" ist bzw. wann es gefährdet ist, darüber bestimmt einzig und allein — sozusagen als höchstes Familienoberhaupt der Nation — Vater Staat.

Beansprucht der Staat aber so generell das Recht, über das persönliche Wohl unserer Kinder entscheiden zu können, so ist Mißtrauen angebracht. Oder hat sich der Staat etwa bisher durch Liebe und Fürsorge gegenüber unseren Kindern ausgezeichnet? Mit welchem Recht will denn ein Staat als „Wächter" über das Wohl der Kinder auftreten; der — in einigen Bundesländern — immer noch zuläßt, daß Lehrer in den Schulen Kinder prügeln; der zuläßt, daß Tausende von Kindern zu Krüppeln werden, nur weil der Staat die „Freiheit der Unternehmer" mit gesundheitsschädigenden Medikamenten Profit zu machen, nicht beschneiden will; der zuläßt, daß jährlich Tausende Kinder auf den Straßen sterben usw. usf. Vom Standpunkt der Moral hat ein solcher Staat noch nicht einmal das Recht, Eltern zu kritisieren, die ihre Kinder mißhandeln. Denn während viele dieser Menschen aus persönlicher Not und Verzweiflung handeln, betreibt der Staat seine vielfache Kindesmißhandlung auf absolut gefühllose, geschäftsmäßige und planmäßige Art und Weise.

Und haben wir nicht bereits zweimal in diesem Jahrhundert erlebt, daß der Staat in noch viel furchtbarerer Weise seine Macht über die Kinder mißbraucht hat? Daß er 14-, 15jährige auf die Schlachtfelder trieb, wo sie für die Profite der Imperialisten verbluteten? Haben wir nicht zur Zeit des Hitler-Faschismus gesehen, daß er auch die kleinsten, sofern sie Juden waren, zu Tausenden in seinen Gaskammern ermordete? Und sprachen die Hitler-Faschisten nicht auch vom „Wohle des Kindes", wenn sie Antifaschisten und Kommunisten die Kinder wegnahmen, um sie in ihrem Sinne, im Sinne des Faschismus, zu beeinflussen?

So weit ist es heute — noch — nicht. Aber wer sagt uns, daß es nicht wieder so weit kommen kann? Nein, solange der Staat so wie bei uns Tag für Tag seine Kinderfeindlichkeit unter Beweis stellt, solange werden wir jeden Versuch des Staates, als Anwalt der Kinder aufzutreten, als Heuchelei anprangern, werden wir jeden Versuch des Staates, die Erziehungsrechte der Eltern einzuschränken und die staatlichen Rechte zu erweitern, bekämpfen. Im Interesse unserer Kinder.

Krank durch Umweltverschmutzung

Fortsetzung von Seite 1

durch Silikose Vorbelastete — untersucht.

Die Studie der Düsseldorfer Mediziner brachte auch Angaben über das Ausmaß der von den Kapitalisten vor allem der großen Betriebe verursachten Luftverschmutzung. Im östlichen Ruhrgebiet (Raum Dortmund/Lünen/Castrop-Rauxel) werden jährlich 780.000 Tonnen Gas und Staub in die Luft geblasen, davon 500.000 — das sind zwei Drittel — durch Industriebetriebe. Unter den Immissionen befinden sich hochgiftige Substanzen; so wird die Dortmunder Luft Jahr für Jahr mit 500 Tonnen Blei verseucht. Dabei schneidet Dortmund im Vergleich mit anderen Industriestädten noch relativ gut ab: Während in Dortmund (Hoesch) jährlich 126.000 Tonnen Schwefeldioxyd die Luft belasten, sind es im Raum Köln (Bayer-Leverkusen) 167.000 Tonnen und im Raum Duisburg (Thyssen) 210.000 Tonnen.

Die Umweltverschmutzung beschränkt sich in Westdeutschland jedoch nicht nur auf das Ruhrgebiet. Jede Woche werden mit erschreckender Regelmäßigkeit aus allen Regionen neue Umweltverseuchungs- und Vergiftungsfälle bekannt. Ein besonders gravierender Fall wurde jetzt aus Hamburg gemeldet. Dort hatten Wissenschaftler über einen längeren Zeitraum das bei Friseuren in verschiedenen Stadtteilen anfallende Haar von Kindern und Jugendlichen bis 16 Jahre nach Schadstoffen untersucht. Dabei fanden sie im Haar aus den Arbeiterstadtteilen Wilhelmsburg, Rothenburgsort und Billstedt in hoher Konzentration Arsen, Cadmium und Blei, im Haar aus Finkenwerder auch Quecksilber. Arsen und Quecksilber sind Krebserreger, Cadmium verursacht schwere Nierenschäden, Blei beeinträchtigt in großem Ausmaß die Lernfähigkeit der Kinder.

In Hamburg, im Raum Dortmund und anderswo brauchen indes die Kapitalisten, die die Gesundheit und das Leben vieler Werktätiger — und auch schon die Gesundheit ihrer Kinder — ruinieren, nichts zu fürchten. Die verbrecherischen Vergifter der Umwelt werden auch jetzt so gut wie nicht zur Verantwortung gezogen. Die über Jahrzehnte hinweg ihre Profite enorm steigerten, indem sie notwendige Einrichtungen zur Verminderung der Umweltverschmutzung einsparten, werden von den politisch Verantwortlichen für ihre Taten noch belohnt. So kündigte der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Farthmann, der in der letzten Woche zusammen mit der Düsseldorfer Untersuchung einen „Luftreinhalteplan" vorstellte, an, daß die Industrie, der „vornehmlichste Adressat" für künftige Umweltschutzmaßnahmen der Regierung sei.

Unter der Überschrift „Umweltschutz" kommt auf die Kapitalisten von Nordrhein-Westfalen auch noch ein Regen von „Sondermitteln", von Subventionen und Geldern zu . . .

Was ist dran an der Rohölverknappung?

Ölmultis sahnen ab

Benzinpreiserhöhungen stehen bevor. Der Preisanstieg für Heizöl hat trotz beschwichtigender Worte der Industrie ein atemberaubendes Tempo erreicht. Konnten wir in einer der letzten Nummern noch von einem Literpreis von 40 Pfennig berichten, so erreichten uns jetzt Nachrichten aus Hannover, wo ein Händler 54,3 Pfennig pro Liter bei einer Mindestabnahme von 3.000 Litern inclusive Mehrwertsteuer verlangt.

Man orakelt bereits vom Durchbrechen der 60-Pfennig-Grenze. Damit wäre das Heizöl mehr als doppelt so teuer wie im Herbst '78. Noch vor acht Jahren bekam man für diesen Preis die sechsfache Menge an Öl.

J. C. Welberg, Chef der westdeutschen Shell AG, schließt nicht aus, daß die Preise bis 1990 auf das zweieinhalbfache ansteigen.

Wolff von Amerongen, Präsident der Industrie- und Handelskammer, empfiehlt drastische Preiserhöhungen als das beste Mittel, das Volk energiebewußter zu machen und philosophiert von „möglichen Engpässen", die über den Preis aufgefangen werden sollen.

„Engpässe", mit dieser Zauberformel ist schon 73/74 während der sogenannten Ölkrise operiert worden. Heute wird in diesem Zusammenhang immer wieder der Sturz der persischen Monarchie in die Debatte geworfen.

Lassen wir die Fakten sprechen:

Das Rohöl wird in diesem Jahr immer noch um 6 Prozent billiger sein als vor zwei Jahren trotz zehnprozentiger Preiserhöhung durch die Organisation erdölexportierender Länder OPEC (Handelsblatt vom 13. 12. 78).

Bei einem Ölversorgungs-Hearing im Bundeswirtschaftsministerium am 10./11. Februar dieses Jahres wurde bekannt, daß die Iran-Ausfälle geringer sind als die firmeneigene Bevorratung und die gesetzlich vorgeschriebenen Lagerbestände.

Unterstellt man einen totalen Lieferstop sämtlicher Rohölexporteure, so hätte die Bundesrepublik einen Vorrat, der über mindestens sechs Monate reichen würde.

Davon kann aber keine Rede sein, im Gegenteil: Saudi-Arabien, Irak, Nigeria, Abu Dhabi und Mexiko haben ihre Förderkapazität erhöht, außerdem gibt es in der Nordsee noch ungenutzte Kapazitäten.

Nach Auskunft des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft wurde im Januar 1979 mehr Rohöl aus dem Iran eingeführt als im Dezember 1978, wobei das Januar-Öl billiger war als die Dezemberlieferung!

Der Exekutivdirektor der Internationalen Energieagentur (IEA) Dr. Ulf Lantze beziffert die Lücke, die durch tatsächlich auftretende Engpässe durch den Streik der persischen Arbeiter entstanden ist, auf knappe 4 Prozent.

Wenn also unsere Erdölmanager besorgt die Stirn in Falten legen und von einer Bedrohung durch Erdölverknappung reden, so ist das schlichtweg eine Lüge.

Schon 1973/74 warf die EG-Kommission niederländischen BP-Töchtern vor, eine künstliche Mangelsituation erzeugt zu haben. Bei den Multis ist beim besten Willen keine Mangelsituation zu erkennen. Die größte amerikanische Ölgesellschaft Exxon erwirtschaftete 1978 einen Reingewinn von 2,76 Milliarden Dollar; und genau hier liegt der Hase im Pfeffer: Zur Sicherung, zur Erhöhung ihrer sagenhaften Profite ist den Multis jedes Mittel recht, nutzen sie jede Situation, jeden Vorwand brutal aus, künstliche Verknappungen herbeizuführen, um die Preise in unerschwingliche Höhen zu treiben — zu Lasten der werktätigen Bevölkerung.

Und sie gehen noch weiter: Im März 1978 fand in Washington ein Treffen von Experten aus der Erdölbranche aus den USA, Westdeutschland, Frankreich, Großbritannien und Japan statt, **bei dem ein Krieg um Rohstoffquellen nicht ausgeschlossen wurde.**

Tarifrunde 78/79

Ein voller Erfolg — für die Herren Minister

In der Tarifrunde 78/79 war es uns bis jetzt nicht vergönnt, dem Leser von angemessenen Lohn- und Gehaltsabschlüssen zu berichten. Bis jetzt sahen wir uns gezwungen, den Leser mit Lohnraub, Verschlechterung der Lage und anderen düsteren Fakten zu beunruhigen.

Heute können wir endlich einmal von einem vollen Erfolg berichten, einem Erfolg, der völlig ohne Kampf möglich war, der glatt über die Bühne ging.

In Niedersachsen ist es endlich gelungen, die Sechsprozentmarke ganz entschieden zu durchbrechen. In Niedersachsen ist es gelungen, eine Gehaltserhöhung von sage und schreibe 12,5 Prozent durchzudrücken.

Diesen großartigen Erfolg haben weder aufrechte Gewerkschaftler noch Kommunisten errungen; wir müssen zugeben, er geht voll und ganz auf das Konto der niedersächsischen Volksvertreter, besser gesagt auf das Konto der niedersächsischen Ministerriege.

Wurden sie früher mit einem armseligen Grundgehalt von DM 9.992,82 nebst 755 DM Ortszuschlag und einer völlig unzureichenden Aufwandsentschädigung von 1.000 DM abgespeist, so wird nun ein Ministergehalt — von anderen kleinen Vergünstigungen abgesehen — runde 13.000 Mark betragen, rückwirkend vom 1. 7. 78 — versteht sich.

Der Bürger wird fragen, wo denn plötzlich das viele Geld herkommt, wo wir doch alle überall einsparen müssen. Gespart wird unter anderem bei den Abgeordneten. Die bekommen nämlich „nur" 6.000 Mark steuerpflichtige Grundentschädigung plus 1.500 Mark Aufwandsentschädigung plus 500 Mark Kostenersatz und kosten den niedersächsischen Steuerzahler lumpige 21,1 Millionen Mark im Jahr.

Und sollten einige unserer Leser trotz dieser eindeutigen Fakten immer noch Zweifel verspüren, ihnen sei ein Wort des niedersächsischen Landtagspräsidenten mit auf den Weg gegeben:

„Niedersachsen liegt im Ländervergleich ziemlich am Ende der Tabelle." Na bitte! Sonst noch Fragen?

„Extremisten-debatte" im Bundestag

Am vergangenen Donnerstag führte der Bundestag eine „Extremistendebatte". Es ging um sogenannte neue Grundsätze der Bundesregierung, die im März in Kraft treten sollen. Danach soll auf die routinemäßige Überprüfung **aller** Bewerber für den öffentlichen Dienst („Regelanfrage") verzichtet werden; Erkenntnisse, die vor dem 18. Lebensjahr des Bewerbers „gewonnen" wurden oder die älter als zwei Jahre sind, sollen nicht berücksichtigt werden.

Während die CDU/CSU-Opposition von „Kapitulation" und einem „Marsch in das Verhängnis" zetert, priesen Regierungssprecher die neuen Grundsätze als ein „Signal für die Liberalität des Staates". Die neuen Grundsätze aber schaffen das Berufsverbot nicht ab; sie machen kein Zugeständnis in dieser Grundfrage, wenn sie auch ein gewisses Zurückweichen der politisch Verantwortlichen vor der massiven Kritik der Öffentlichkeit an der Politik der Gesinnungsschnüffelei bedeuten. Bundesinnenminister Baum bekannte sich unverhohlen zu den Berufsverboten. Auch künftig, sagte er, werde er „Extremisten" „uneingeschränkt" vom öffentlichen Dienst fernhalten. Die Debatte spielte sich vor fast leeren Bundestagsrängen ab — anwesend waren nur rund 25 Abgeordnete —, während die Zuschauertribüne mit uniformierten Bundesgrenzschutzpersonen bis auf den letzten Platz besetzt war.

In der Hamburger Bürgerschaft wurde in der letzten Woche ein Antrag der CDU abgelehnt, gegen zwei Lehrer ein Disziplinarverfahren wegen ihrer Mitgliedschaft in der revisionistischen DKP einzuleiten. Die Entscheidung war jedoch keine grundsätzliche Entscheidung gegen die Berufsverbote. Die Lehrer bekamen — wie es hieß — nur deshalb kein Disziplinarverfahren, weil sie bereits seit Jahren ohne dienstliche Verfehlungen im Schuldienst tätig waren.

Duisburg: Gegen Berufsverbote



Am Donnerstag, den 8. Februar, fand in Duisburg ein Fackelzug gegen die Berufsverbote statt. Auch die örtliche Initiative gegen Reaktion und Faschismus hatte zu der Demonstration aufgerufen. Die Marschroute verlief durch die Duisburger Innenstadt. An der Demonstration beteiligten sich rund 200 Personen.

Zitat der Woche

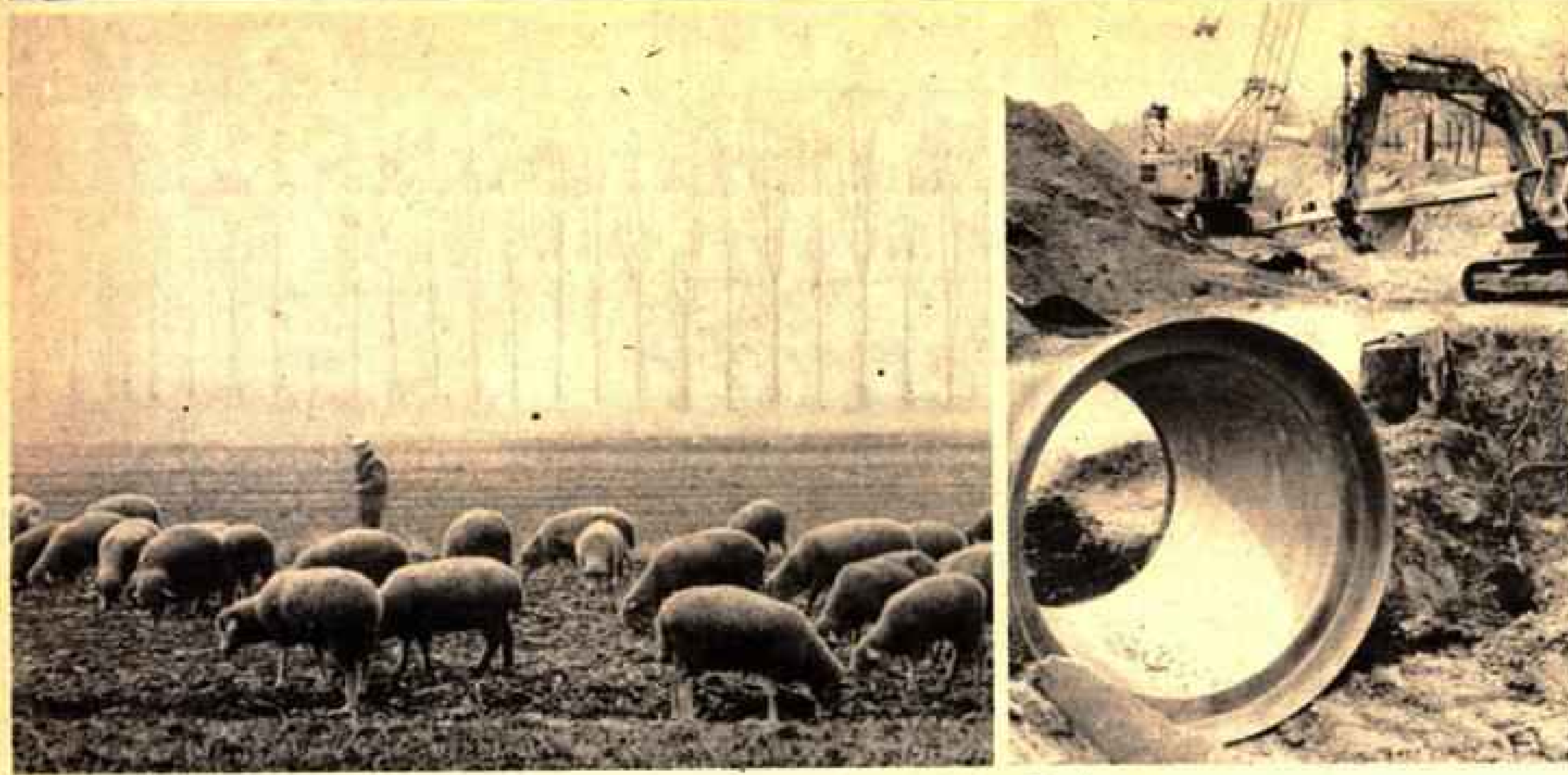
„Ich habe den deutschen Gewerkschaftsführer Loderer in Gestalt eines gehörnten Teufels erwartet. Stattdessen hat er in den süßesten Tönen des Erzengels Gabriel selbst gesprochen" (Edward Heath, ehemaliger britischer Premier und Vorsitzender des „Dvavos-Symposions" — auf dem auch Loderer sprach —, in seinem Schlußwort).

Aus dem Inhalt

Kein Verrat?	4
Bonn verschleppt Reform der Arbeitszeitordnung	4
Berliner IGM-Bonzen fordern Antreibersystem	5
Studenten gegen Studentenschaftsgesetz	6
Bundeswehr-Fan-Clubs	6
Nazis raus aus Duisburg	7
Daten: Gesamtheit der Bundesbürger kontrolliert	7
Gefängnis für Agitdrucker	7
„Da zogen die ‚Grauen Wölfe' den Schwanz ein"	8
Leserbriefe zu „Holocaust"	8
Der Widerstand gegen den Hitler-Faschismus	9
Kämpfe im Iran	10
China: Überfall auf Vietnam	11
Das „geheimnisvolle Übel" von Neapel	12

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.



Links: Hessisches Ried. Rechts: Bau einer Wasser-Pipeline

Grundwasserraubbau im Hessischen Ried

„Profitgier, Korruption — deshalb haben wir kein Wasser mehr!"

Bauern kämpfen um ihre Existenz

In der letzten Ausgabe des RM haben wir über die Vergiftung des Bodens im Hessischen Ried durch den Chemie-Konzern Merck berichtet. Aber nicht erst die von den Merck-Bossen aus Profitgier verursachte Verseuchung stellt eine ernsthafte Gefährdung der bäuerlichen Existenz im Ried das. Seit Jahren schon betreiben die hessischen Behördern einen systematischen Raub am lebenswichtigen Grundwasser dieser Region. Der folgende Bericht, den uns ein Leser zusandte, beleuchtet die Hintergründe und die Auswirkungen dieser staatlichen Raubaktion.

Nur spärlich und unzusammenhängend dringen Informationen über das ganze Ausmaß des Grundwasserraubbaus im Hessischen Ried, dem Gebiet zwischen Bergstraße und Rhein, an die Öffentlichkeit. Und doch geht es um die Vergeudung Hunderter von Millionen Mark Steuergelder, um eine langfristig erhöhte Ausplünderung der Wasserverbraucher und der Landwirtschaft. Kein Wunder — alle bürgerlichen Parteien sind gleichermaßen an dem stillen Fiasko beteiligt, das vor rund 20 Jahren als eine Art Goldrausch, genannt „Erschließung ungenutzter, billiger Grundwasserreserven", begann. Die Behörden schließlich taten und tun bisher alles, um zu verschweigen, zu vertuschen, herunterzuspielen, zu verheimlichen.

In den sechziger Jahren — damals stellte z. B. die SPD an der Bergstraße den Landrat Lommel, und der heutige erste Kreisbeigeordnete und „heimliche Herrscher" in diesem Kreis, Franz Hartnagel (CDU), war Bürgermeister von Einhausen bei Lorsch, setzte der Run auf die angeblichen Grundwasserreserven ein. Die Städte Wiesbaden und Frankfurt entdeckten die Möglichkeit, einen Großteil ihres wachsenden Wasserbedarfes aus der Ebene zwischen Odenwald und Rhein billig zu beziehen. Das Wasser hatte gute Qualität und erforderte relativ geringe Förder- und Aufbereitungskosten. Planungsaufträge wurden vergeben, Verbände gegründet; so übernahm der Wasserbeschaffungsverband Ried Ost — Vorsitzender: Franz Hartnagel — eines der Großprojekte.

Neben anderen schon bestehenden Wasserwerken, u. a. der Städte Darmstadt, Worms oder Mainz, sowie von den Industriefirmen, die alle zusammen mit den kleineren Städten und Gemeinden sowie der Landwirtschaft insgesamt ca. 100 Millionen Kubikmeter Grundwasser im Jahr förderten, wurden drei Großwasserwerke mit zusammen einer Jahresfördermenge von fast 40 Millionen Kubikmetern gebaut: eines bei Dornheim, eines bei Allmendfeld (Gernsheim) und eines im Jägersburger Wald bei Groß-Rohrheim. Anfänglich lieferte das Hessische Landesamt für Bodenforschung ein Gutachten, in dem noch auf Grundwasserabsenkungen und entsprechende Folgen für Land- und Forstwirtschaft im Bereich der neuen Brunnengalerien hingewiesen wurde. Die Gemeinde Groß-Rohrheim z.B. hatte daher von Anfang an Bedenken gegen den Bau des Wasserwerkes im Jägersburger Wald.

Um solche Kritik auszuschalten, gab es bald ein neues „Gutachten" des Landesamtes für Bodenforschung mit der folgenden — wie sich hinterher herausstellte — faustdicken und unverschämten Lüge: Der wasserführende Untergrund aus Sand und Kies mit einer Mächtigkeit von rund 100 m sei in ca. 30 m Tiefe durch eine undurchlässige Tonschicht in „Stockwerke" horizontal aufgetrennt. Man brauche nur das untere Stockwerk anzuzapfen und das obere an den Brunnen abzudichten, dann gäbe es nur höchstens geringe Absenkungen des Grundwassers im oberen Stockwerk. Mit diesem Märchen von offizieller Seite waren die Einsprüche beiseite geräumt — ein Musterstück behördlichen Gutachter-Betruges und übelste Bauernfängerei — wie sich nach ein paar Jahren zeigte.

Der Grundwasserspiegel sinkt

Das Wasserwerk Jägersburger Wald wurde so unter anderem vom freien Kapitalmarkt finanziert, gebaut, und das Bombengeschäft mit dem Ried-Wasser konnte nun nicht mehr durch kleinliche Bedenken aufgehalten werden. Für ca. 100. Millionen Mark (grobe Schätzung) wurden drei Großwasserwerke und Fernleitungen nach Frankfurt-Wiesbaden gebaut. Ende der 60er Jahre begann die Förderung auf vollen Touren zu laufen. Die Folgen zeigt die folgende nüchterne Zahlentabelle über Grundwasserabsenkungen. Der Grundwasserspiegel fiel:

bei Crumstadt um über 3 Meter,
bei Darmstadt um ca. 4,5 Meter,
bei Pfungstadt um ca. 4 Meter,
bei Allmendfeld um fast 5 Meter,
bei Bürstadt um fast 4 Meter.

Es stellte sich also im Einzugsbereich der Großwasserwerke ein großflächiger Absenkungsgraben ein. Während der Grundwasserspiegel früher mit einem Gefälle vom Odenwald zum Rhein floß, gab es nun in der Mitte dieser Strecke ein Loch. Diese alarmierenden Ergebnisse brachten nun zunächst nicht etwa die Verantwortlichen zur Einsicht, daß eine weitere Wasserförderung im geplanten Umfang unverantwortlich ist. Im Gegenteil, es wurde kräftig weitergepumpt, ja sogar die Fördermenge bei Allmendfeld über das ursprünglich genehmigte Maß hinaus auf 60.000 Kubikmeter pro Tag über viele Monate hinweg erhöht — der Rubel rollte. Und man hatte ja Gutachten, Sondergenehmigungen . . .

Allmählich merkten aber die Landwirte, daß ihre Beregnungsbrunnen immer tiefer fielen. Doch das Ausmaß der Absenkungen wurde von den Wasserwerken und Behörden systematisch verschleiert. Es wurden das Wetter, lokale Besonderheiten und ähnliches verantwortlich gemacht. Erst als Landwirte aus Groß-Rohrheim darangingen, eigene Messungen an Beobachtungsbrunnen durchzuführen, stellten sie fest, daß sie regelrecht belogen worden waren; ihre Meßergebnisse wiesen entscheidende Unterschiede zu dem auf, was die Wasserwerke behauptet hatten.

Der Boden trocknet aus

Ihre Bedenken, die sie von Anfang an gegen die Großwasserwerke hatten, fanden sie schlimmstens bestätigt: Im trockenen Sommer 1976 konnten viele Bauern mit ihren Traktorpumpen kein Wasser mehr fördern. Sie mußten tiefe Gruben ausbaggern, um wenigstens stellenweise noch an das Wasser heranzukommen. Dazu muß man wissen, daß das Hessische Ried (mit 550 mm Niederschlägen) zu den wärmsten und regenärmsten Gebieten Mitteleuropas zählt. Die Landwirtschaft kommt also ohne künstliche Beregnung nicht aus. Auch die Wälder, in denen einige der wertvollsten Eichenbestände Hessens stehen, sind auf das Grundwasser angewiesen, das vom Odenwald zum Rhein abfloß — bis die Großwasserwerke kamen.

Wo früher Zuckerrüben sogar ohne Beregnung angebaut werden konnten, weil bei 80 cm Grundwasserstand durch die Kapillarwirkung der Boden durchfeuchtet war, trocknet jetzt der Boden aus. Die alten Eichenwälder sterben ab, weil die Wurzeln der Bäume auf einen Grundwasserspiegel um 3 m eingestellt sind. Jetzt liegt er unter sieben Meter. Eine tiefgreifende Veränderung der Landschaft, der Tier- und Pflanzenwelt ist die Folge. Das Austrocknen der Wälder macht ihre Funktion als Wasserspeicher zunichte, was wiederum negative Rückwirkungen auf den Wasserhaushalt hat. Eine Versteppung der Landschaft droht. Beispielsweise ist das Pfungstädter Moor, früher ein einzigartiges Naturschutzgebiet mit seltenen Tieren und Pflanzen, heute völlig ausgedorrt und unwiderruflich zerstört.

In verschiedenen Gemeinden, vor allem in Groß-Rohrheim, traten Gebäudeschäden (insgesamt weit über 100) durch Bodensenkungen auf. Dort, wo einst wasserhaltige Torfschichten im Untergrund austrockneten, gab es Setzungen von bis zu über einen Meter. Die Schäden gehen in die Millionen und die betroffenen Hausbesitzer haben einen zähen Kampf um jede Mark Entschädigung zu führen. Auch der Rheindeich bei Groß-Rohrheim bekam Risse und setzte sich an einer Stelle um über 90 cm. Inzwischen werden die Rheindeiche im Hessischen Ried für viele Millionen Mark Baukosten erhöht — nicht zuletzt gehört dies mit zu den Folgen des Grundwasserraubbaus.

Proteste der Bauern

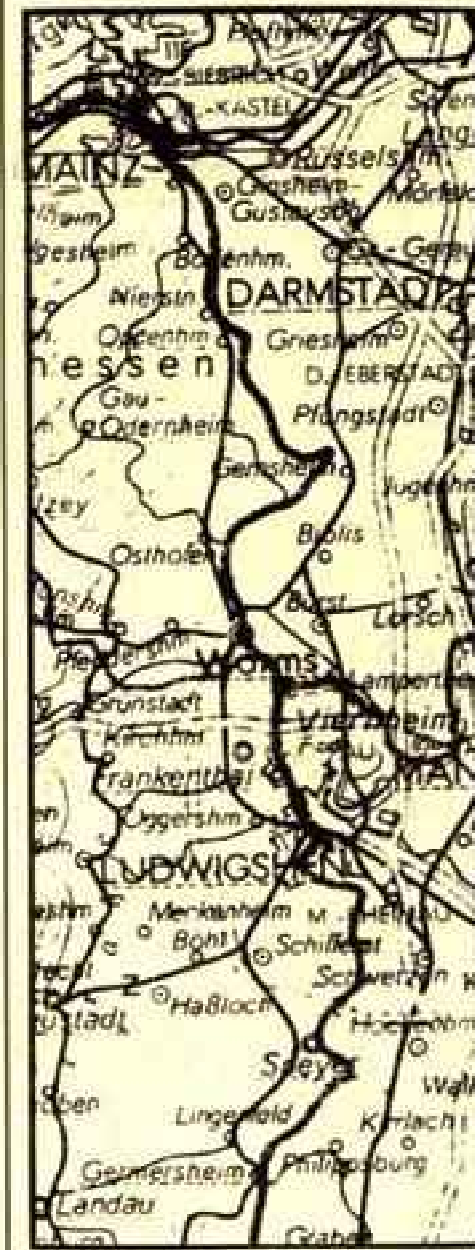
1976/77, als nichts mehr zu vertuschen war und die Schäden überall, vor allem für die Landwirtschaft und die Wälder unerträglich wurden, organisierten die Betroffenen Protestversammlungen und Demonstrationen. Auf einer großen Traktordemonstration von Groß-Rohrheim aus in den Jägersburger Wald wurden 1976 Transparente mitgeführt wie:
„Soll Wald und Flur bestehen, müssen wir auf die Barrikaden geh'n";
„Legt den Raubrittern das Handwerk";
„Profitgier, Korruption — deshalb haben wir kein Wasser mehr";
„Des Wasserwerkes ganzer Stolz — trocknes Laub und dürres Holz";
„Sollte das Wasser weiter laufen, müssen wir zur Bombe greifen" [gemeint ist, wenn das Wasser weiter durch die Wasserwerke läuft];
„Atomkraftwerk und Wasserwerk — eine feine Gesellschaft zur Erhaltung der Natur".

Es gab Stimmen unter den Kundgebungsteilnehmern, das Wasserwerk Jägersburger Wald zu besetzen und die Pumpen abzustellen — doch soweit ließen es die örtlichen Parteipolitiker nicht kommen, die bei den Aktionen die Führung hatten (in Groß-Rohrheim vor allem SPD-Bürgermeister Rudolph).

Angesichts dieser Proteste ergriffen die Behörden dann Maßnahmen. Es gab allerdings noch einen anderen — wohl gewichtigeren — Grund dafür: Die Sorge nämlich, daß eines Tages auch die Wasserwerke nichts mehr zu pumpen hätten. Deswegen wurden Untersuchungs- und Planungsgruppen eingesetzt und in zähem Kuhhandel zwischen dem Land Hessen, den Wasserverbänden, Wasserwerken, den Stadtwerken der belieferten Städte, der Wasserwirtschaftsämter, dem Regierungspräsidium, den Landwirtschaftsverbänden usw. usw. eine Konzeption entwickelt, die den Steuerzahler einige hundert Millionen Mark an Investitionen kosten und darüber hinaus sowohl die Bauern im Hessischen Ried, als auch die südhessischen Wasserverbraucher in Zukunft mit erhöhten Preisen für Trinkwasser und Beregnungswasser zusätzlich belasten wird.

Wasser aus dem Rhein

Es soll nämlich über große Aufbereitungswasserwerke (eines davon wird demnächst bei Biebesheim begonnen) Wasser aus dem Rhein entnommen und über ein System von Großleitungen einerseits in landwirtschaftliche Beregnungsnetze eingespeist und zum anderen im Einzugsgebiet der Großwasserwerke infiltriert, das heißt in den Untergrund versickert werden. Das Hessische Ried, einst durch den Grundwasserstrom aus dem Odenwald eine wasserreiche Landschaft, wo Hochwasser und stauende Nässe einst die Hauptsorgen der ansässigen Landwirte waren, wo feuchte Auwälder und Sümpfe vorherrschten, wurde innerhalb weniger Jahre durch einen Profitrausch um das „billige" Wasser an den Rand der Versteppung gebracht. Jetzt werden Hunderte von Millionen Mark ausgegeben, um das Gebiet von ca. 600 Quadratkilometern über Rohrnetze von zusammen mehreren 100 Kilometern Länge wieder zu bewässern.



Die Kosten für die Landwirtschaft sehen folgendermaßen aus: Früher konnten die Bauern aus ihren Grundwasserbrunnen ihr Beregnungswasser für 7-9 Pfennig pro Kubikmeter fördern. Die Errichtung von ortsfesten Beregnungs-Rohrnetzen soll 25 Mark pro Hektar und Jahr kosten und das Wasser 18 Pfennig pro Kubikmeter. Dieser Preis wird jedoch am Anfang aus politischen Gründen subventioniert und dürfte nach einigen Jahren entscheidend ansteigen. Deshalb weigern sich zum Beispiel die Bauern aus Groß-Rohrheim, eine Beregnungsanlage bauen zu lassen: „Wir haben das Wasser nicht weggepumpt, also wollen wir auch nichts dafür bezahlen, wir bestehen auf Wiederherstellung des Zustandes vor dem Bau des Wasserwerkes."

Noch gar nicht abzusehen sind die langfristigen Folgen, wenn jährlich Millionen Kubikmeter Rheinwasser in die Landschaft gepumpt werden, das Salze und Schwermetalle enthält, die auch durch eine Aufbereitung nicht herausgeholt werden können. Und schließlich — wenige Kilometer unterhalb der geplanten Entnahmestelle bei Biebesheim steht das Atomkraftwerk Biblis. Bei den zu erwartenden Störanfällen kann radioaktiv verseuchtes Wasser somit auf die Felder gelangen. Mit Sicherheit werden die Behörden Gutachten präsentieren, die nachweisen, daß die Verrieselung von Radionukleiden aus Biblis unter den zulässigen Grenzen liegen wird . . . doch wir haben ja oben gesehen, was von Gutachten zu halten ist.

Die Politiker und Behörden, die für das Grundwasserdesaster im Hessischen Ried verantwortlich sind, hatten im Jahr 1978 mit dem verregneten Wetter ein unheimliches Glück. Trotz der vielen Niederschläge ist im Verlauf dieses Jahres der Grundwasserspiegel weiter abgesunken! Lediglich die Landwirtschaft war nicht hart betroffen, da über viele Wochen keine (sonst unentbehrliche) Beregnung durchgeführt werden mußte. Ähnlich günstig wirkte sich das Wetter auf die Wälder aus. Hätten wir in diesem Jahr eine Trockenheit wie 1976 gehabt, dann hätte es im Ried einen Aufstand gegeben.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Auch Vertrauensleutekörper von Mannesmann fordert Rücktritt von Herb



Nachdem vor einigen Wochen bereits die Vertrauensleutekörper der IG Metall von Hoesch-Phoenix und Westfalenhütte Entschließungen gefaßt hatten, in denen der Rücktritt des Essener Bezirksleiters Kurt Herb wegen seiner Rolle als Verhandlungsführer der IG Metall im Stahl-Arbeitskampf gefordert wird, beschäftigte sich am Donnerstag vergangener Woche auch der Vertrauensleutekörper der IG Metall bei den Mannesmann-Hüttenwerken in Duisburg-Huckingen mit diesem Problem. Dabei wurde einstimmig eine Resolution verabschiedet, die wir im folgenden abdrukken.

Resolution des Vertrauensleutekörpers von Mannesmann-Huckingen

Entweder die oder wir — unter dieser Losung waren wir, die Vertrauensleute von Mannesmann-Huckingen, am 28. November 1978 in einen langen, harten Arbeitskampf zur Einführung der 35-Stunden-Woche gegangen. In diesem Arbeitskampf ist uns eine Lektion erteilt worden. Die Mitglieder der Großen Tarifkommission, darunter die Bezirksleiter der vier Tarifbezirke im Einvernehmen mit den Kollegen Janßen, Mayr und Loderer, haben durch Mehrheitsbeschluß mitten im Arbeitskampf das ursprüngliche Streikziel fallenlassen. Wir teilen allerdings nicht die Position der Kollegen, die von Verrat sprechen.

Wir stellen deshalb folgende Forderungen auf, die auch in Anträgen der Vertrauenskörper von Hoesch-Phoenix und Westfalenhütte zum Ausdruck gebracht wurden:

Kollege Herb muß zurücktreten aufgrund seiner offensichtlichen Unfähigkeit, einen Arbeitskampf erfolgreich zu Ende zu führen.

Unsere Kritik an den Kollegen Janßen, Mayr und Loderer wird zwar erst auf dem Gewerkschaftstag Konsequenzen finden können. Wir sagen aber heute schon, daß alle drei Kollegen für eine Wiederwahl unsere Stimme nicht erhalten werden.

Außerdem müssen wir uns folgenden Überlegungen zuwenden:

Erstens: Konsequenzen für die Tarifkommission. Änderung in der Zusammensetzung der Großen Tarifkommission (Schlüssel der Vertretung, Anteil der hauptamtlichen Funktionäre, Art der delegierenden Betriebe), Protokolle über Sitzungen der Großen Tarifkommission, Öffentlichkeit für die IG-Metall-Mitglieder, namentliche Abstimmung, gebundenes Mandat;

Zweitens: Satzungsänderung. Änderung der Bestimmungen über Mehrheit bei Urabstimmung, Umwandlung der Funktion des Bezirksleiters in ein Wahlmandat;

Drittens: Aber damit alleine machen wir noch keine konsequentere Gewerkschaftspolitik. Die Organisation muß auf die Betriebsräte Einfluß nehmen, die Durchführung folgender gewerkschaftlicher Ziele anzustreben:

Wir fragen: Wird überall mit dem Abbau von Mehrarbeit ernstgemacht? Werden überall die Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes bei Kündigungen wahrgenommen? Wird überall für die Aufstockung der Ist-Belegschaften an die Soll-Belegschaften eingetreten? Werden die Soll-Belegschaften überprüft? Wird versucht, die materiellen Ergebnisse des Abschlusses doch noch irgendwie in arbeitsplatzsichernde Maßnahmen umzuwandeln? Wird überall versucht, möglichst vielen jungen Menschen Ausbildungsplätze zu verschaffen und dann auch für deren Übernahme in den Beruf einzutreten? Wird in den Betrieben darüber diskutiert, wie auf Betriebsebene der Rationalisierungsschutz ausgedehnt werden kann?

Viertens. Wir wissen aber auch, daß selbst die weitestgehende Durchführung aller aufgeworfenen Fragen keine Maßnahme gegen die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen ist, sondern nur ein unvollkommenes, wenngleich in vielen Einzelfällen durchaus wirksames Instrumentarium darstellt. Deshalb fragen wir danach, in welche Zielperspektive unsere tägliche Auseinandersetzung eingebunden sein muß, wenn wir nicht noch ein ganzes Leben lang immer wieder aufs neue den Strategien der Kapitaleigner und ihren unmenschlichen Auswirkungen hinterherlaufen wollen.

In diesem Sinne ist die Forderung nach personellen Konsequenzen ein wichtiger Schritt. Wir begreifen sie als den Beginn einer intensiven Diskussion in den Belegschaften über neue Wege und Ziele der Politik unserer Organisation.

(Gekürzte Fassung, zitiert nach „Revier“).

Kein Verrat?

Zur Resolution der Mannesmann-Vertrauensleute

Die Resolution der Vertrauensleute von Mannesmann-Huckingen ist ein positiver Beitrag zur Stärkung der oppositionellen Bewegung gegen arbeiterfeindliche Politik der DGB- bzw. IGM-Bonzen. Es werden die Hauptverantwortlichen dafür beim Namen genannt, daß der Kampf der Stahlarbeiter nach sechswöchigem Streik nicht mit einem Einstieg, sondern mit einem Ausstieg aus der 35-Stunden-Woche endete. Es werden personelle Konsequenzen gefordert und es werden richtige Perspektiven für die Weiterführung des Kampfes angegeben.

Was aber hat die Kollegen zu der Aussage bewogen: „Wir teilen nicht die Position der Kollegen, die von Verrat sprechen?“ Kann man denn bestreiten, daß es objektiv Verrat ist, wenn Gewerkschaftsfunktionäre in einer Situation einen faulen Kompromiß annehmen, wo der Streik „zu greifen beginnt“ und wo die Mehrheit der streikenden und ausgesperrten Kollegen gegen einen solchen Abschluß und für die Weiterführung des Streiks ist?

Und jene höheren und Spitzenfunktionäre der IG Metall, die von Anfang an mit vielfältigen Methoden und Maßnahmen auf die Schwächung und Spaltung der Kampffront hingearbeitet haben — wir nennen hier nur die von der Mehrheit der Kollegen nicht für gut befundene Taktik des Schwerpunktstreiks — sie haben doch nicht nur objektiv, sondern bewußt den Kampf sabotiert!

Nicht nur der Arbeitskampf in der Stahlindustrie, nein, die gesamte Erfahrung der Arbeitskämpfe und der Gewerkschaftsbewegung der vergangenen Jahre zeigt klar, daß Leute wie Loderer, Herb, Janßen, Mayr und Konsorten nicht aus Unfähigkeit oder Unwissen so und nicht anders handeln, sondern daß sie als Agenten des Kapitals systematisch den Kampf der Arbeiterklasse sabotieren und verraten. Diese Leute sind durch ihre Posten und Privilegien korrumpiert. Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Arbeiterbewegung vom Weg des konsequenten, unversöhnlichen Kampfes gegen den Kapitalismus abzuhalten und die Interessen der Monopolkapitalisten zu schützen.

Was soll es nützen, wenn man diese Tatsachen verschweigt oder vor ihnen die Augen verschließt? Was die Arbeiterklasse braucht, ist eine starke und feste Einheit auf der Basis ihrer Klasseninteressen. Ohne diese Einheit zu schmieden, ohne beispielsweise auch die linke Opposition in der Gewerkschaft fest zusammenzuschließen, sie zu organisieren, können wir in den kommenden Kämpfen für besseren Lohn, gegen Arbeitsplatzvernichtung, für die 35-Stunden-Woche, keine Siege erringen.

Eine Voraussetzung für diese feste Einheit ist die offene Diskussion und die Klarheit über wichtige Fragen, nicht zuletzt auch über die Frage, welche Rolle die Gewerkschaftsführung und die höheren Ebenen des DGB-Apparats überhaupt spielen. Genauso ist es zum Beispiel notwendig, Klarheit über die sogenannte Sozialpartnerschaft, über die „paritätische Mitbestimmung“ und ähnliche Fragen zu schaffen.



Blohm & Voss: IGM-Vertrauensleute protestieren gegen Tarifabschluß

Hamburg. Mit großer Mehrheit verabschiedete der IG-Metall-Vertrauensleutekörper der Hamburger Werft Blohm & Voss eine Entschließung, in der Kritik an der Politik der IGM-Führung in der diesjährigen Tarifrunde geübt wird. Zum Arbeitskampf in der Stahlindustrie heißt es in der Entschließung: „Der sogenannte Einstieg in die 35-Stunden-Woche wurde nicht erreicht, weil der Streik in dem Moment abgebrochen wurde, als er Wirkung bei den Arbeitgebern zeigte (Automobil- und andere blechverarbeitende Industrien).“ In der Entschließung wird ferner gegen den Tarifabschluß für die metallverarbeitende Industrie bzw. gegen die Übernahme des Hessen-Abschlusses protestiert. Unter anderem heißt es in der Entschließung dazu: „Die IGM-Vertrauensleute protestieren mit Nachdruck gegen das Festschreiben der 40-Stunden-Woche für fünf Jahre.“

Bonn verschleppt Reform der Arbeitszeitordnung

Weg mit dem Gesetz von 1938!

Das Gesetz, das heute noch die Arbeitszeitordnung in der Bundesrepublik festlegt, stammt aus dem Jahr 1938. Es wurde vom Nazi-Regime erlassen und geht von einem sozialen Standard aus, wie er im Jahre 1919 erreicht worden war. Damals zwangen die revolutionären Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse die Bourgeoisie dazu, die gesetzliche Regelarbeitszeit auf 48 Stunden herabzusetzen.

Obwohl für mehr als 90 Prozent der Lohnabhängigen in der Bundesrepublik nun seit langem die 40-Stunden-Woche tarifvertraglich verankert ist, gilt nach dem Gesetz des Bonner Staates immer noch die 48-Stunden-Woche. Dieses Gesetz, das aus der Nazi-Zeit übernommen und bis heute nicht verändert wurde, kennt noch keine 5-Tage-Woche. Und es legt die gesetzlich zulässige maximale Arbeitszeit pro Woche auf 72 Stunden fest. Das bedeutet: Ausgehend von der 40-Stunden-Woche sind 32 Überstunden pro Woche gesetzlich zulässig!

Bei einem solchen für die Kapitalisten wahrlich optimalen Inhalt schien man sich auch nicht an den nazifaschistischen Begriffen in diesem Gesetzestext zu stören. So gebieten da in den Betrieben „Betriebsführer“ über „Gefolgschaftsmitglieder“, und über der ganzen „Volksgemeinschaft“ thront immer noch der „Reichstreuhänder der Arbeit“.

Daß dieses Gesetz nach wie vor in Kraft ist, daß diese Arbeitszeitordnung bis heute nicht reformiert wurde, ist ein gesalzener sozialpolitischer Skandal. Das wirft auch ein Licht auf die sogenannte sozialliberale Koalition, die nun seit fast zehn Jahren an der Regierung ist.

Kompromiß auf Eis gelegt

Natürlich gibt es auch in der SPD Stimmen, die zunehmend lauter die längst überfällige Reform der Arbeitszeitordnung fordern. In Worten machen sich dafür auch die DGB-Führer stark. Nur — für schöne Worte oder fromme Wünsche kann man sich nichts kaufen. Die Reform der Arbeitszeitordnung versprachen die Politiker von SPD und FDP auch vor der letzten Bundestagswahl. Inzwischen nähert sich die Legislaturperiode bereits ihrem Ende, die nächste Wahl ist bereits in Sicht, aber an der Arbeitszeitordnung wurde bis heute nichts geändert.

Es wurde zwar vor längerem eine Kommission aus SPD- und FDP-Politikern gebildet, die den Auftrag hatte, einen Reformvorschlag auszuarbeiten. Damals hieß es, im Herbst 1978 sei mit der Verabschiedung des neuen Gesetzes zu rechnen. Die Kommission erarbeitete auch einen Vorschlag. Er ist allerdings für die Kapitalisten immer noch verhältnismäßig günstig, vom Standpunkt der Arbeiterklasse hingegen völlig unzureichend.

Der Kompromiß geht von einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden als „Grundfall“ aus. Er räumt jedoch grundsätzlich die Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 44 Stunden ein. Er erlaubt sogar eine Arbeitszeit von 42 Stunden ohne alle Formalitäten. Das heißt zwei Überstunden wöchentlich können verlangt werden, ohne besondere tarifvertragliche Regelung bzw. ohne Bestätigung durch das Arbeitsamt. Zudem enthält der Entwurf einen Wust von „Sonderregelungen“, durch die die Unternehmer noch vielfältige Möglichkeiten erhalten, darüber hinaus zusätzlich Überstunden anzuordnen.

Aber selbst dieser Kompromiß wurde von der Bonner Regierung vorerst auf Eis gelegt.

Die Massenmedien stellen es so dar, als sei daran ausschließlich Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff schuld. Lambsdorff hat sich auch tatsächlich quergestellt. Aber die SPD-Minister verstecken sich ja immer hinter ihren FDP-Kollegen, wenn Bonn in eklatanter Weise die Interessen der Kapitalisten durchpeitscht. Und die skandalöse Verschleppung der Neufassung der Arbeitszeitordnung liegt genau auf der Linie des berüchtigten Tabu-Katalogs der Unternehmerverbände. Keinerlei Konzessionen in Richtung Arbeitszeitverkürzung — das ist einer der Hauptpunkte des Tabu-Katalogs.

Unverfroren und demagogisch tönen die Monopolherren und ihr Nachbeter Lambsdorff, jede Verkürzung der Wochenarbeitszeit und selbst jeder Abbau von Überstunden sei „wirtschaftlich unvertretbar“ und würde weitere Arbeitsplätze in Gefahr bringen. Als ob sich die Kapitalisten um die Sicherung unserer Arbeitsplätze sorgen würden! Sie sind es doch, die aus Profitgier die Arbeitsplätze vernichten. Sie schlagen doch aus der Arbeitslosigkeit noch Kapital, indem sie sie als Druckmittel gegen die Lohnabhängigen ausnutzen, nach dem Motto: wer Angst um seinen Arbeitsplatz hat, den kann man besonders brutal ausbeuten.

Für Reform der Arbeitszeitordnung kämpfen!

Warum die Konzernherren das alte Arbeitszeitgesetz aus der Nazi-Zeit beibehalten wollen, wird sehr klar, wenn man sich die Situation in einigen wichtigen Industriezweigen vor Augen führt. In der Autoindustrie, die seit Jahren einen Superboom erlebt, lassen die Bosse Sonderschichten auf Teufel komm raus knüppeln. So kommen sie um Neueinstellungen herum und häufen dabei Milliardenprofite auf. Aber wie ist es in Branchen, die tief in der Krise stecken und eine schlechte Auftragslage verzeichnen? Hier nutzen die Bosse die Lage aus, um möglichst viele zu entlassen und aus den heruntergeschraubten Belegschaften das Letzte herauszupressen. Nehmen wir die Schiffbauindustrie: Sie steckt mit am tiefsten in der Krise, gehört jedoch mit 4,7 Überstunden pro Mann und Woche zu den Spitzenreitern beim Überstundenknüppeln.

Die Monopolherren stemmen sich gegen eine Reform der Arbeitszeitordnung, weil sie nicht zulassen wollen, daß der Ausbeutung der Arbeiter gewisse Grenzen gezogen werden. Und für die Regierung in Bonn ist die Profitgier dieser Finanz- und Industriehaie maßgeblich, nicht aber das Menschenrecht auf einen Arbeitsplatz.

Deshalb muß die Arbeiterklasse den Herren in Bonn Dampf machen. Heute, wo die 35-Stunden-Woche das Kampfziel der Gewerkschaftsbewegung geworden ist, müssen wir auch die Forderung nach einer Reform der Arbeitszeitordnung mit Nachdruck verfechten. Diese Reform muß den gesetzlichen Spielraum für die Überstundenschinderei drastisch einengen und sie muß an der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich orientiert sein.

Deine
Leiter zum Erfolg

Informationen zum IG Metall-Entwurf eines Tarifvertrages zur Leistungsbeurteilung von Zeitlöhnern und Angestellten



Leistungstarifvertrag

Broschüre der Initiative zur Verhinderung des Leistungsbeurteilungssystems

Pressemitteilung

Wir sind eine Initiative in der IG Metall aus 13 Berliner Metallbetrieben. Wir haben uns zusammengeschlossen, weil hinter dem Rücken von uns Gewerkschaftsmitgliedern ein

„Tarifvertrag zur Leistungsbeurteilung von Zeitlohnarbeitern und Angestellten"

abgeschlossen werden soll.
Wir müssen damit rechnen, daß dieses System auch für Akkordlöhner eingeführt werden soll. In Betrieben wie der Berliner Kraftwerk Union ist dies bereits aufgrund einer Betriebsvereinbarung der Fall.

Nach dem Vertragsentwurf der IG Metall soll folgendes mit uns geschehen:
1) **Jeder von uns wird mindestens einmal im Jahr von seinen unmittelbaren Vorgesetzten beurteilt.**
2) **Für diese Beurteilung gibt es Punkte.**
3) **Den Punkten ist ein Geldwert zugeordnet. Die Beurteilung entscheidet über die Höhe der Löhne und Gehälter.**

Bei den Zeitlohnarbeitern sollen beurteilt werden
— **Arbeitsqualität**
— **Arbeitsquantität**
— **Arbeitseinsatz**
— **Arbeitssorgfalt**

Bei den Angestellten
— **Anwendung der Kenntnisse**
— **Arbeitseinsatz**
— **Arbeitsverhalten bei unterschiedlichen Situationen**
— **Zusammenarbeit**

Nach gründlicher Untersuchung sind wir zu dem Ergebnis gelangt, daß dieser Entwurf arbeiternehmerfeindlich ist.
Die Erfahrungen bei KWU, AEG-Drontheimerstraße und in anderen Tarifgebieten zeigen deutlich, was da auf uns zukommt:
- **Leistungserhöhung**
- **versteckter, unkontrollierbarer Akkord**
- **Vorgesetztenwillkür**
- **Vertiefung der Lohnunterschiede bei gleicher Arbeit**
- **Spaltung der Arbeitnehmerschaft**
- **Reallohnabbau**

Unsere Broschüre zu diesem Problem erklärt die Hintergründe dieses Lohnsystems und geht auf die wesentlichsten Fragen ein. Sie enthält Erfahrungen aus einzelnen Betrieben und den vollen Wortlaut des Vertragsentwurfs der IG Metall.
Bei unserer Kontaktadresse
Fritz Kopka
Lausitzerplatz 11
1 Berlin 36
Tel.: 6123220
kann die Broschüre bestellt werden. Dort sind auch die weiteren Treffen der Initiative für Interessierte zu erfragen. Mitarbeit ist erwünscht, denn der Leistungsbeurteilungslohn muß im Interesse aller Kollegen verhindert werden.

Initiative zur Verhinderung des Leistungsbeurteilungssystems

Berliner IGM-Bonzen fordern Antreibersystem

Tarifvertrag hinter dem Rücken der Basis

In immer mehr Betrieben wollen die Kapitalisten sie jetzt einführen, um die Belegschaften noch brutaler ausbeuten zu können: die sogenannten Leistungsbeurteilungssysteme bzw. Prämiensysteme. Sie dienen der verschärften Antreiberei und sollen gleichzeitig Konkurrenz zwischen den Belegschaftsmitgliedern erzeugen. Sie sollen die Solidarität unter den Kollegen kaputtmachen. Außerdem bringen sie den einzelnen Arbeiter oder kleinen Angestellten in eine noch stärkere Abhängigkeit gegenüber seinem Vorgesetzten, der entscheidet, wie man eingestuft und welche Prämie einem zugestanden wird.

Ein solches Antreibersystem soll jetzt auf einen Schlag für die gesamte metallverarbeitende Industrie in Westberlin eingeführt werden. Und es klingt unglaublich, ist aber trotzdem eine Tatsache: Der IGM-Apparat selbst setzt sich dafür ein, daß den Metallern, Arbeitern wie Angestellten, ein solches durch und durch arbeiterfeindliches Leistungsbeurteilungssystem auf's Auge gedrückt wird.

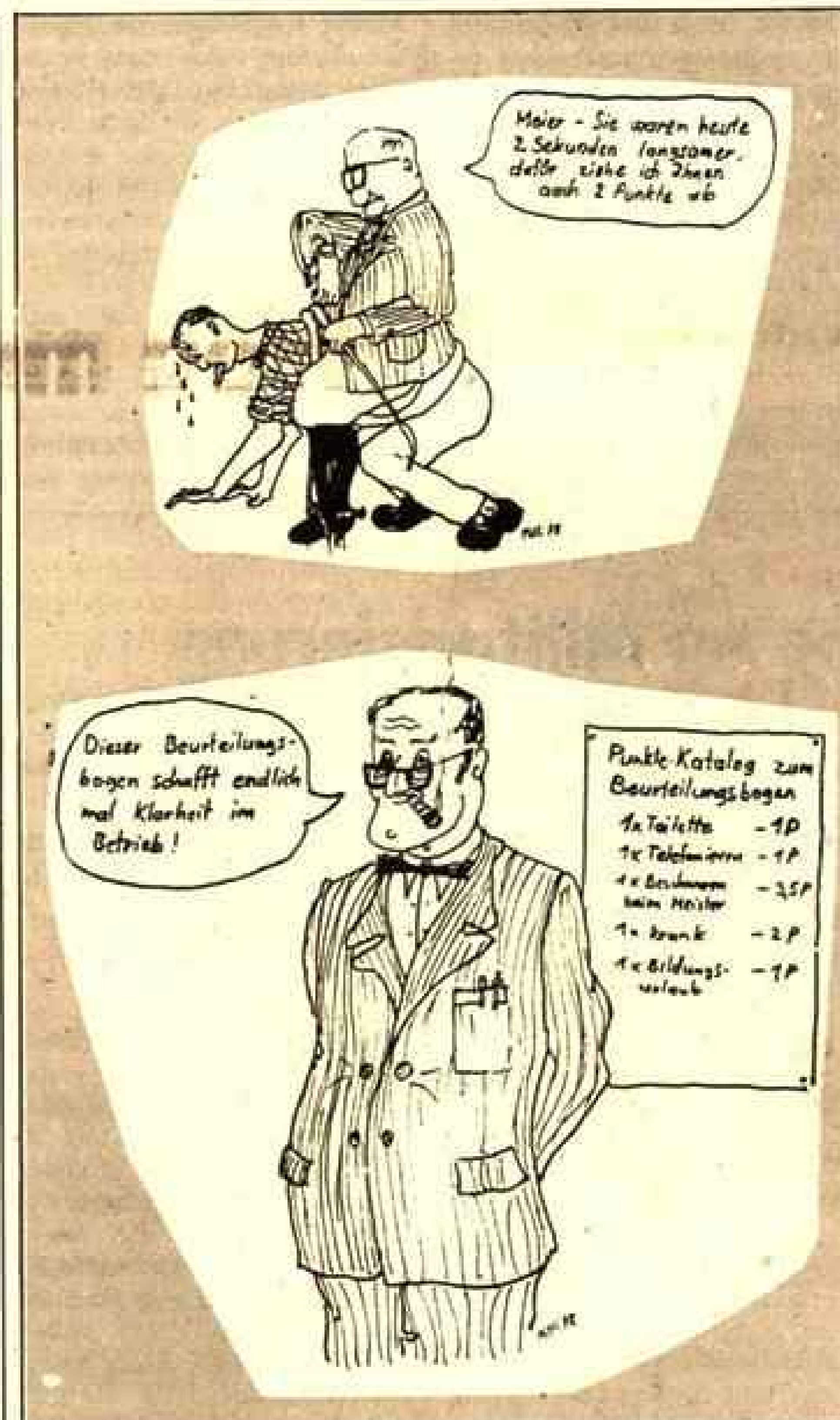
Anstatt gegen derartige Methoden zur Verschärfung der Ausbeutung Front zu machen, haben die IGM-Bonzen in Westberlin hinter dem Rücken der Mitgliedschaft einen „Tarifvertrag zur Leistungsbeurteilung von Zeitlöhnern und Angestellten" ausgebrütet. Von der Tarifkommission der IGM in Westberlin ist dieser Tarifvertrag als Verhandlungsvorschlag mit 93 gegen 2 Stimmen gebilligt worden.

Man fragt sich: Wie kommen eigentlich Funktionäre der IG Metall dazu, von sich aus Vorschläge zu unterbreiten, die eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zum Ziel haben? Die IGM-Bonzen begründen ihren Schritt damit, daß es ihnen auf diese Weise möglich sei, ein Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei der Leistungsbeurteilung und der Vergabe der Prämien durchzusetzen. Wirklich toll! Die Devise dieser Arbeiterverräter heißt also: „Ja zur Verschärfung der Ausbeutung, wir wollen nur dabei mitbestimmen dürfen"!!

Auf diese Art von „Mitbestimmungsrechten" kann die Arbeiterklasse wahrhaftig verzichten! Die Metaller in Westberlin lassen sich jedenfalls nicht für dumm verkaufen. Sie wehren sich gegen den Versuch der IGM-Ortsverwaltung, ihnen per Tarifvertrag ein antreiberisches System der Leistungsbeurteilung zu verpassen. Als im vergangenen Jahr bei der Firma Berthold der Betriebsrat die Verteilung einer Prämie nach den Beurteilungskriterien des IGM-Tarifvertragsentwurfs auf's Tapet brachte, reagierten die Kollegen sauer. Sie wollten sich nicht wie Fische mit Würmern ködern lassen, die mit einem spitzen Widerhaken versehen sind, und lehnten die Beurteilung ab.

Einige Kollegen von Berthold nahmen mit Kollegen aus anderen Westberliner Metallbetrieben Kontakt auf, um darüber zu beraten, wie man die Einführung dieses Antreibersystems in der Westberliner metallverarbeitenden Industrie verhindern kann. So entstand schließlich eine Initiative von Metallarbeitern aus 13 Berliner Metallbetrieben gegen das Leistungsbeurteilungssystem. Unter anderem sind an dieser Initiative auch Kollegen aus der Turbinenfabrik KWU (Kraftwerksunion) beteiligt. Bei KWU wird seit 14 Jahren ein ähnliches Beurteilungssystem bereits praktiziert, und die Kollegen dort kämpfen schon seit längerem für seine Abschaffung.

Die Initiative hat eine Broschüre erarbeitet, in der über den Tarifvertragsentwurf der IG Metall informiert und das Leistungsbeurteilungssystem im einzelnen auseinandergenommen wird. Dies Broschüre verschickten die Kollegen mit einem Begleitschreiben an Betriebsräte und Vertrauenskörperleitungen in über 50 Berliner Metallbetrieben. Des weiteren wandte sich die Initiative an die Ortsverwaltung der IG Metall mit der Forderung, eine Veranstaltung über dieses Thema zu organisieren, damit eine breite Informierung der Kollegen ermöglicht wird. Ferner plant die Initiative die Herausgabe eines Flugblattes. Darin soll auch zu einer eigenen Veranstaltung der Initiative aufgerufen werden.



Argumente gegen das Leistungsbeurteilungssystem

- Schon die bisher übliche Einstufung in unterschiedliche Lohn- und Gehaltsgruppen ist mit genug Ungerechtigkeiten verbunden und dient zum Teil dazu, die Kollegen auseinanderzudividieren. Durch das Leistungsbeurteilungssystem soll zusätzlich die individuelle Leistung bzw. das individuelle Arbeitersergebnis bewertet werden und die Höhe des Lohns bzw. Gehalts beeinflussen. Damit würde die Aufspaltung der Lohnabhängigen auf die Spitze getrieben. Die Kollegen werden in eine Leistungskonkurrenz zueinander gebracht. Durch die individuelle Beurteilung wird die Solidarität und Einheit der Kollegen untergraben.

- Der Willkür der Unternehmer wird Tür und Tor geöffnet. Sie bzw. die Meister können nach ihrem Gutdünken entscheiden, ob beispielsweise ein Reparaturschlosser „etwas umständlich arbeitet" und ob sein „Arbeitstempo mäßig ist" (Kriterien aus dem Tarifvertragsentwurf der IGM). Die Erfahrungen mit solchen Systemen zeigen außerdem, daß die Vorgesetzten sich bei der Beurteilung auf „Zuträger" stützen. Oft sind die Vorgesetzten gar nicht fähig, eine Arbeit zu beurteilen, weil sie sie selbst noch nie gemacht haben.

- Die Leistungsbeurteilung bedeutet versteckten Akkord. Nach dem Tarifvertragsentwurf der Berliner IG Metall soll der Maßstab für die Vergabe von Punkten und damit die Prämien „der übliche Durchschnitt" an Leistung sein. Wie beim Akkord wird dieser Durchschnitt durch den Leistungslohn in der Tendenz ständig hochgetrieben. Aber während beim gewöhnlichen Akkord die Kollegen die Preise kennen und sofort sehen, wenn die Richtwerte heraufgesetzt werden, ist man bei diesem System ohne Orientierung. Dadurch ist es viel schwieriger, gegen die Verschärfung der Arbeitshetze bzw. die indirekte Senkung des Lohns gemeinsam Wiederstand zu leisten.

Kurz berichtet

Frauen gegen Benachteiligung

In Gelsenkirchen haben 29 Arbeiterinnen aus dem Foto-Großlabor Heinze gegen den Firmeninhaber Klage eingereicht. Sie werden schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen, die die gleiche Arbeit machen. Die Frauen fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Warnstreik von 160 Busfahrern

Göttingen. Am Montag vergangener Woche streikten die Busfahrer der Stadt Göttingen für eine halbe Stunde, um ihren Forderungen bei den zugleich laufenden Tarifverhandlungen Nachdruck zu verleihen. Flugblätter, die an die Fahrgäste und Passanten verteilt wurden, erklärten, warum die Kollegen zu dieser Kampfmaßnahme griffen. Die Busfahrer fordern u. a. die Schaffung eines „Einmannfahrerlohns" und eine Gehaltsabsicherung bei Ausscheiden aus dem aktiven Fahrerdienst.

Streik der Montagearbeiter

Frankfurt a. M.. Auf 120 Baustellen, vorwiegend im Bereich des SEL-Fernmeldebaus, legten am Donnerstag letzter Woche rund 900 Monteure für eine Stunde die Arbeit nieder. Die Kollegen protestierten gegen die unverschämte Verschleppung der Verhandlungen über den Bundesmontagetarifvertrag. Der Vertrag war bereits zum 31. 12. 1976 gekündigt worden. Am Donnerstag wurde zum dreizehnten Mal über die Forderungen der IG Metall verhandelt. Sie lauten: 1.) Der Geltungsbereich soll auf alle Beschäftigten ausgedehnt werden, damit auch Angestellte einen Anspruch auf Montagezuschlag haben; 2.) Erhöhung dieses Zuschlags von 12 auf 15 Prozent; 3.) Erweiterung der Erschwerniszulagen bei Arbeiten in Schlamm, Schmutz, Lärm und bei ungünstigen Witterungsverhältnissen.

Tarifverträge bei der Bahn gekündigt

Die Tarifverträge für die rund 160.000 Arbeiter und Angestellten der Bundesbahn sind von der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) zum 28. Februar gekündigt worden. Die Höhe der Lohn- und Gehaltsforderungen stehen noch nicht fest. Der GdED-Hauptvorstand hatte allerdings eine sogenannte Forderungsempfehlung beschlossen: 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt und Erhöhung des Urlaubsgeldes um 250 Mark. Diese Forderungsempfehlung entspricht damit genau derjenigen, die der ÖTV-Hauptvorstand für den ÖTV-Bereich ausgesprochen hatte und die auf starke Kritik von der gewerkschaftlichen Basis gestoßen ist.

„Gewerkschaftsschädigendes Verhalten"

Bochum. Die IGM-Bonzen führen bei Opel 76 Verfahren gegen Kandidaten der Betriebsratswahl '78 wegen „gewerkschaftsschädigendem Verhalten" durch. Die Betroffenen IGM-Mitglieder hatten auf anderen als der offiziellen IGM-Liste kandidiert.



Studenten gegen Studentenschaftsgesetz

„Nur wenn wir uns an den Kämpfen beteiligen, können wir uns verankern"

Ein Gespräch mit der Unigruppe Essen der Roten Garde

Unter der Überschrift „Polizeieinsatz an der Essener Uni" berichteten wir im „Roten Morgen" Nr. 6 dieses Jahres über den Kampf der Studentenschaft gegen das neue Studentenschaftsgesetz (SSG) in NRW. Wir hatten Gelegenheit, mit den Genossen Carola, Erika und Thomas (die Namen sind geändert), Mitglieder der Uni-Gruppe Essen der Roten Garde, ein ausführliches Gespräch zu führen, das wir auszugsweise veröffentlichen.

Zuerst berichteten die Genossen von der landesweiten Urabstimmung gegen das SSG. Etwa 32 Prozent der Essener Studenten beteiligten sich daran. Davon sprachen sich 92 Prozent gegen das SSG aus und traten für den Boykott der Studentenparlaments- (Stupa-)Wahl gemäß den Richtlinien des SSG ein.

Der amtierende Asta bestand aus einer Koalition von SHB (Sozialistischer Hochschulbund) und MSB Spartakus (Marxistischer Studentenbund, Studentenorganisation der DKP). Trotz des eindeutigen Urabstimmungsergebnisses organisierte der amtierende Asta keineswegs sofort den Boykott und die Durchführung satzungsgemäßer Wahlen, sondern machte seine Politik vor allem von dem Verhalten der Jusos abhängig.

Carola: *Die Jusos haben sich dann an überhaupt keiner Wahl beteiligt, und der MSB schlug sich zunächst einmal auf die Seite der kampfbereiten Studenten, der Asta organisierte die satzungsgemäße Wahl. Vorher schon hatte die Hochschulleitung das amtierende Stupa beauftragt, SSG-Wahlen durchzuführen. Im Falle einer Weigerung drohte der Rektor mit einer Geldstrafe gegen das Präsidium des amtierenden Stupa in einer Gesamthöhe von 36.000 Mark.*

Diese Drohung, die auf große Empörung stieß, hat er dann später zurückgezogen. Doch weder das Stupa noch sonst irgendein Student haben sich für die Durchführung der Zwangswahlen nach dem SSG bereitgefunden. Deshalb ist die Verwaltung der Uni eingesprungen.

Thomas: *Die haben nicht nur Verwaltungsangestellte und Hausmeister an den Urnen sitzen lassen, die haben auch ganz massiv die Propaganda finanziert: Flugblätter, Wahlplakate, Vorstellung der Kandidaten, die dann von den Hausmeistern an den schwarzen Brettern ausgehängt werden mußten.*

An den satzungsgemäßen Wahlen beteiligten sich trotz massiver Gegenpropaganda 28 Prozent, an den Zwangswahlen lediglich 5,8 Prozent. Im SSG-Stupa traten dann gleich 20 Studenten wieder zurück, andere waren mit ihrer eigenen Stimme hereingekommen, so daß das SSG-Stupa sich auf knapp 300 von 13.000 Studenten stützen kann.

Die Genossen der Roten Garde nahmen aktiv an den satzungsgemäßen Wahlen teil. Sie arbeiteten mit in der Basisdemokratischen Liste, die sich aus einer früheren Stupa-Opposition gegen den MSB gebildet hatte.

Thomas: *Wir haben uns an den Diskussionen beteiligt und an der Wahlplattform mitgearbeitet.*

Carola: *In 5 von 15 Fachbereichen wurden Kandidaten aufgestellt; von unseren 15 Kandidaten wurden 10 gewählt, das ist ein Sechstel des satzungsgemäßen Stupa.*

Thomas: *Auch Erika und ich kandidierten auf dieser Liste. Wir haben in unseren Fachschaften gearbeitet, wir haben mit den Kommilitonen über die beiden Wahlen diskutiert, haben sie aufgerufen, sich breit an den satzungsgemäßen Wahlen zu beteiligen und die Zwangswahlen zu boykottieren.*

Wir haben ein Flugblatt der Roten Garde herausgebracht, das unsere Meinung zu den Wahlen zum Ausdruck brachte und das dazu aufrief, die Kandidaten der Basisdemokratischen Liste zu wählen.

Anschließend nannten die Genossen die wichtigsten Forderungen der Basisdemokratischen Liste, Ablehnung von SSG und Hochschulrahmengesetz (HRG); Verteidigung des politischen Mandats; die Gesamtvollversammlung muß das höchste beschlußfassende Organ werden; die ESZ (Essener Studentenzeitung) darf nicht die Hauspostille des Asta sein, sondern Organ der gesamten Studentenschaft, sie soll eine breite Diskussion ermöglichen; die Fachschaften müssen gestärkt werden; die Fachschaftsvertreterkonferenz muß aufgewertet werden; der Asta darf sich nicht über ihre Beschlüsse hinwegsetzen.

Bei der Wahl des satzungsgemäßen Asta forderte die Basisdemokratische Liste, daß Vertreter aller Listen, die sich am SSG-Boykott beteiligt hatten, in den Asta kommen, um so den Asta besser unter den kampfbereiten Studenten zu verankern. Der MSB jedoch verhinderte das.

Erika: *Auf der Stupa-Sitzung beanspruchte die Basisdemokratische Fraktion zwei Asta-Referate und schlug zwei Kandidaten vor. Der MSB tat empört und warf uns vor, wir wollten persönlich für uns Kapital rausschlagen. Das ist natürlich ungeheuerlich, vor allem, wenn man bedenkt, daß der MSB vorher dem LHV (liberaler Hochschulverband, steht der FDP nahe), der sich überhaupt nicht am Kampf beteiligt hat, Asta-Posten angeboten hat. Der LHV nahm dann gegenüber dem Druck der Studenten die Haltung ein, daß er nur dann in den Asta geht, wenn auch die Basisdemokratische Fraktion hereinkommt.*

Thomas: *Darüber hinaus hat der ehemalige Asta-Vorsitzende Winkler uns vorgeworfen, wir würden ins gleiche Horn stoßen wie die Herrschenden, indem wir fordern würden, die ESZ soll ein Organ aller Studenten sein, die alte Satzung sei verbesserungswürdig. Wir würden so die Studenten spalten.*

Am Schluß diskutierten wir darüber, was die Unigruppe der Roten Garde aus den Kämpfen gelernt hat.

Erika: *Bei uns in der Basisdemokratischen Fraktion hat man gesehen, daß wir da 'ne Menge reintragen können, daß wir sogar zu den treibenden Kräften gehört haben. Nur wenn wir uns an den Kämpfen beteiligen, konkrete Forderungen aufstellen, können wir uns verankern. Dabei haben wir immer noch Schwierigkeiten, wir sind noch lange nicht genügend drin in den Kämpfen.*

Thomas: *Wir müssen einfach noch mehr in der Diskussion stehen mit den Studenten, die direkt betroffen sind, die selber Forderungen entwickeln, die man aufgreifen kann. Falsch ist, sich einfach hinzusetzen, wie wir das früher getan haben, und uns irgendwas aus den Fingern zu saugen, was vielleicht die Forderungen der Studenten sein könnten.*

Carola: *Was eine ganz wichtige Erfahrung war, daß wir uns durch den MSB nicht haben abhalten lassen, an den Kämpfen teilzunehmen. Früher hatten wir immer gesagt, daß wir uns weigern, an Kämpfen teilzunehmen, wo der MSB führend ist oder mitmischt. Heute gewinnen wir wichtige Kontakte zu den kämpferischsten Studenten. Früher wollten wir immer ganz rein bleiben . . .*

Thomas: *. . . aber fein und klein.*

Der „Rote Morgen" bedankt sich für das aufschlußreiche Gespräch und wünscht der Essener Uni-Gruppe der Roten Garde weiterhin gute Kampferfolge.

Bundeswehr-Fan-Clubs

Kampagne zur Militarisierung der Jugend

Ende 1976 wurde der erste der sogenannten Bundeswehr-Fan-Clubs gegründet. Bis zum Sommer 1978 war ihre Zahl auf 354 angewachsen; 2.500 Jugendliche waren Mitglieder dieser militaristischen Zirkel. Die Fan-Clubs — oder Info-Clubs, wie sie auch genannt werden — sind das Ergebnis einer gesteuerten Kampagne. Die Drahtzieher sitzen im Kriegsministerium in Bonn.

Für die Fan-Clubs zuständig ist das Streitkräfteamt/Gruppe Nachwuchswerbung (SKA/NwW). Chef dieser Gruppe ist der Oberst Josef Maria Hoffmanns. Das SKA/NwW fördert die Arbeit und Ausbreitung der Fan-Clubs mit einer wahren Flut von Propagandamaterial; es steuert sie direkt durch Richtlinien und Rundbriefe. In einem dieser Rundbriefe heißt es: „Mit der Gründung eines Bundeswehr-Info-Clubs verhält es sich eigentlich ganz einfach. Wenn du so fünf Mitglieder zusammen hast, die 14 Jahre und älter sind, kannst du uns noch einmal schreiben, dann schicken wir dir einen statistischen Fragebogen und die Club-Kartei." Die Daten der Clubmitglieder werden genau erfaßt: „Meldet uns jeden Neuzugang und Abgang eines Clubmitgliedes mit Anschrift, Geburtsdatum, Schulbildung/Beruf, damit unsere Club-Kartei aktuell bleibt." — In einer „Vertriebsinformation" werden genaue Anweiseungen für die propagandistische Arbeit gegeben: „Die Fragebogen. Als Eröffnung 15 für jeden Club. ... Zweitens können Fragebogen verteilt werden, um neue Freunde zu gewinnen. Drittens kann die Schulklasse ‚bearbeitet' werden, so daß sie sich am Klassenwettbewerb beteiligt. Alles Chancen zum aktiven Informationseinsatz."

Zu den Propagandamaterialien, mit denen das SKA/NwW die Fan-Clubs überschwemmt, zählen farbige Poster, Kalender, Filme, Bücher, Hochglanzbroschüren über „Heeresflieger", „Artillerietruppe", „Luftlandetruppen", über Uniformen und Dienstgradabzeichen.

Eine Hauptrolle bei der „Aufklärungsarbeit" des SKA/NwW spielt die Zeitschrift „Infopost", die seit Februar 1977 etwa drei- bis viermal im Jahr erscheint. Mit Schlagzeilen wie „7 Mann und ein Befehl", „Keine weiche Welle für Einzelkämpfer" oder „Karriere im Visier, ‚Leo' fest im Griff" — „Leo" ist der Panzer „Leopard" — wendet sich das Blatt direkt an „Schüler und Auszubildende", wie es im Untertitel der Zeitschrift heißt. Der Kriegsdienst wird romantisch verklärt. Durch die Abbildung und Schilderung der technischen Seite der Vernichtungswaffen oder durch Darstellung von militärischen Handlungen im Stile von Landserheften sucht „Infopost" das Interesse der Jugendlichen zu fesseln. Da heißt es zum Beispiel: „52 Stunden Härtetest, drei Tage und zwei Nächte voller Strapazen. Die sieben Feldwebel und Unteroffiziere haben den Auftrag, sich unbemerkt rund 80 Kilometer durch unbekanntes Gelände durchzuschlagen — ohne Verpflegung. Bei einem Überfall wird eine zerfetzte Karte erbeutet. Sie ist die einzige Orientierungshilfe neben dem Kompaß. Die ‚feindlichen' Stellungen sind nahe. Die letzten Reserven werden mobilisiert. . ."

Die Herren vom Kriegsministerium versuchen, mit ihrer Propaganda an der Abenteuerlust der Jugendlichen und ihrem Interesse an technischen Dingen anzuknüpfen, um sie so militaristisch zu indoktrinieren. Sie stellen sich damit in eine üble Tradition: Das Verbrechen der Vergiftung der deutschen Jugend mit Militarismus und Chauvinismus stand auch am Anfang der blutigen Weltkriege, in denen Millionen Menschen für den Profit der Kapitalisten verbluteten.

Die Herren vom Kriegsministerium schämen sich nicht, die Angst vieler Jugendlicher vor der Zukunft, die Sorge um einen späteren Ausbildungs- und Arbeitsplatz auszunutzen. Die Propagandamaterialien — besonders auch die „Infopost" — sind gespickt mit Hinweisen auf Arbeitsplätze und Karriere im Militärdienst. So heißt es zum Beispiel über einen ehemaligen Feldwebel: „Als er zur Bundeswehr kam, betrug sein Monatsgehalt 800 Mark. Heute verdient er im Zivilleben rund 4.000 Mark. Paul Diehl ist ein gutes Beispiel dafür, wie man mit längerer Verpflichtungszeit beruflich weiterkommen kann."

Weiter lockt das SKA/NwW die Jugendlichen mit kostenlosen Fahrten zu Bundeswehrkasernen, mit Militärbesichtigungen, mit Preisausschreiben, in denen Fahrten nach den USA, nach Portugal und nach Paris zu gewinnen sind. Der 16jährige Vorsitzende des Siegburger Info-Clubs fuhr zum Beispiel in Begleitung von Bundeswehrangehörigen nach Italien — auf Kosten des Steuerzahlers, versteht sich. — Der finanzielle Aufwand scheint sich zu lohnen. Die Clubs haben — so der Oberst Hoffmanns — „einen unschätzbaren Wert als freiwillige Multiplikatoren in Familien, Schulen und Vereinen."

Die Arbeit der Fan-Clubs bleibt jedoch nicht auf den rein propagandistischen Aspekt beschränkt. Manche üben sich bereits praktisch im Soldatenspielen; sie ziehen — Miniaturausgaben der „Wehrsportgruppen" — zu „Manövern" im Gelände. In der Nähe von Landshut zum Beispiel beendete ein Forstmeister das Treiben eines solchen Clubs. Er zeigte die Jugendlichen als „unangemeldete militärische Formation" an, unter anderem wegen „unbefugten Tragens staatlicher Uniformen". Den Geist, der in den Fan-Clubs herangezüchtet wird, kennzeichnet der Ausspruch eines Mitglieds: „Sie [die Soldaten der Bundeswehr] sollen das Vaterland verteidigen, wenn die Russen kommen. Das sind nun mal andre Menschen als wir."

„Karriere im Visier". „Die feindlichen Stellungen sind nahe. Die letzten Reserven werden mobilisiert." Diese Texte stammen aus der von der Bundeswehr für Schüler und Lehrlinge herausgegebenen Werbezeitschrift „infopost".

Der Bundeswehr-Fan-Club in Garmisch-Partenkirchen.



Duisburg: Ca. 150 bis 200 Antifaschisten haben sich ab 9 Uhr versammelt, um einen Stand der Jugendorganisation der NPD zu verhindern.



Die Jungnazis haben sich nach Krefeld verzogen.

Volkskorrespondenz aus Duisburg

Nazis raus aus Duisburg!

7. 2. — Das Telefon klingelt: „Die Nazis kommen Samstag nach Duisburg. Heute abend Treffen!" Wenige Stunden später sind ca. 40 Antifaschisten von verschiedenen Organisationen und Gruppen im Jugendzentrum „Eschhaus" versammelt, darunter auch Mitglieder der Duisburger Initiative gegen Reaktion und Faschismus. Allen ist klar: Diese Nazi-Provokation muß verhindert werden. Neue Information: Der DGB hat am Samstag einen Stand und eine Kundgebung zum Thema „Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik" angemeldet — allerdings weit weg von den Nazis. Es wird beschlossen, sich am Samstag zuerst am Treffpunkt des DGB zu sammeln, um möglichst viele DGB-Kollegen mitzunehmen.

8./9. 2. — In der Nacht wird ein Flugblatt erstellt. 4.000 werden morgens gedruckt und in der ganzen Stadt verteilt: „Nazis raus aus Duisburg . . . Kommt zum Sonnenwall . . . Verhindert die Nazi-Provokation!" 10. 2., 8.30 Uhr — Antifaschisten vor dem DGB-Haus. Vom DGB noch nichts zu sehen. 9.00 Uhr: Sonnenwall. Die Prominenz der politischen Polizei (Schabronat und Co.) „besetzt" den Platz. Mannschaftswagen der Polizei in den Seitenstraßen. 9.15 Uhr: Die Antifaschisten „besetzen" ebenfalls den Platz. Ein großes Transparent fordert: „Nazis raus aus Duisburg!" Auf einem der Schilder: „Fegt ihn weg, den braunen Dreck!" Parolen werden gerufen und Flugblätter an die Passanten verteilt. 9.30 Uhr: Flugblattverteiler des DGB tauchen auf dem Sonnenwall auf. Sie verteilen blaue Zettel, die dazu auffordern, sich von allem fernzuhalten. Bald sind sie in Diskussionen mit den versammelten Antifaschisten verwickelt. Mehrere von ihnen können überzeugt werden, daß dieses Flugblatt den Kampf gegen die Nazis sabotiert. Sie legen ihre Flugblätter weg und verteilen die anderen von den Antifaschisten.

10.00 Uhr: Die Nazis sind da. Vor dem Hauptbahnhof haben sie bereits DGB-Verteiler angegriffen. Es heißt, daß die Nazis noch keine Genehmigung haben. Sie warten auf den Entscheid ihrer Einstweiligen Verfügung. 11.00 Uhr: Inzwischen haben sich ca. 200 Antifaschisten versammelt. Die Nazis warten immer noch. Mit kleinen Märschen um den Hauptbahnhof herum halten sie sich „warm". 12.00 Uhr: Die Antifaschisten bilden einen Demonstrationszug und ziehen durch die Innenstadt. Die Nazis fahren nach Krefeld, wo sie eine Genehmigung für eine Kundgebung haben.

12.30 Uhr: Duisburger Antifaschisten brechen ebenfalls nach Krefeld auf. 13.00 Uhr: Über 100 Krefelder und Duisburger Antifaschisten demonstrieren gegen die Kundgebung der Neonazis. Die Neonazis können ungehindert unter dem Schutz der Polizei ihr faschistisches Gift verbreiten. Ein Neonazi kann sich allerdings schon ein Bild davon machen, was sie in Zukunft erwarten wird: Er muß schwerverletzt in ein Krankenhaus gebracht werden!

Datenschutzexperte enthüllt:
Gesamtheit der Bundesbürger kontrolliert!

Totale Kontrolle, Bespitzelung, Abhörung aller Bürger des Staates — das ist das Bild einer „totalitären" Gesellschaft, das George Orwell in seinem Buch „1984" ausmalt. Ein Buch, das noch vor wenigen Jahren an deutschen Schulen als warnende Lektüre vor den Schrecken einer „kommunistischen Diktatur" empfohlen wurde. Heute läßt sich absehen, daß dieser totale Bespitzelungsstaat noch vor 1984 erschreckende Wirklichkeit wird — in der Deutschen Bundesrepublik!

Das jedenfalls sind die Ansichten, die uns die vom Datenschutzexperten Professor Steinmüller enthüllten Tatsachen über die totale Kontrolle der Bundesbürger eröffnen. So werden unter dem Vorwand der Datenspeicherung zur „Terroristen"-Fahndung die Daten von möglichst allen Bundesbürgern erfaßt. Während früher die Daten von „Verdächtigen" gespeichert wurden, werden jetzt umgekehrt die Computer mit den Personalien aller Bürger gefüttert, von denen dann diejenigen ausgesiebt werden, die ganz sicher unverdächtig sind, während alle anderen in der „grauen Zone" bleiben! Diese Entwicklung in der Datenerfassung durch die Behörden gibt, so meinte Steinmüller, Anlaß „zu ungeheurer Angst"!

Weiter enthüllte Steinmüller, daß bei der Datenerfassung und dem Datenaustausch praktisch die gesamte öffentliche Verwaltung und „Teile der Wirtschaft" (!) mit dem polizeilichen und geheimen Bereich zusammenarbeiten. Das heißt, daß dem zentralen Computer des Bundeskriminalamtes (BKA) nicht nur die 15 Computer der Landeskriminalämter angeschlossen sind, sondern daß darüber hinaus auch ein fester Verbund mit den amtlichen Karteien (Meldeamt etc.) und vor allem den Spitzelkarteien der Monopole und Wirtschaftsunternehmen besteht.

Dazu kommt, daß es einen Draht vom BKA über dessen Staatsschutzabteilung zu dem nachrichtendienstlichen Informationssystem (NADIS) der drei Bonner Geheimdienste gibt. An einem derart vollkommenen System der Überwachung und Kontrolle der gesamten Bevölkerung hätten selbst Himmler und seine Gestapo ihre helle Freude gehabt.

Kaum waren diese Tatsachen von Professor Steinmüller aufgedeckt worden, als auch schon der Chef des BKA, Herold, reagierte: Er ließ jetzt Steinmüller vor ein Zivilgericht zitieren, um die Rücknahme seiner Behauptungen zu verlangen. Andernfalls solle er 500.000 Mark zahlen! Dieses unglaublich provokative Verhalten des BKA-Chefs ist auf Empörung in der Öffentlichkeit gestoßen. Steinmüllers Rechtsanwalt Gaedertz fand es „eine Gefährdung des Persönlichkeitsschutzes aller Bürger vor dem Staat, wenn künftig jeder Beamte in der Bundesrepublik Kritiker an staatlichen Fehlentwicklungen vor die Gerichte zerren könne". Unter dem Druck der Öffentlichkeit mußte das Gericht dann Herolds Klage als „unbegründet" abweisen.

Das ist sicher zu begrüßen. Aber damit sind noch lange nicht die Tatsachen der Bespitzelung und Registrierung der Werktätigen in unserem Land aus der Welt geschafft.

Brutales Zensur-Urteil:
Gefängnis für AGIT-Drucker!
Ein Schlag auch gegen die Schriftsteller

Neun Monate Gefängnis für drei Beschuldigte und ein Jahr für einen Beschuldigten, alle Strafen *ohne* Bewährung — das ist das unglaublich harte Urteil, das der 5. Strafsenat des Kammergerichts Berlin gegen vier Mitglieder des Druckereikollektivs „AGIT-Druck" fällte. Ihr Verbrechen: Sie hatten die Schrift „Info BuG Objektiv" gedruckt, in denen „terroristische" Aktionen in einigen Artikeln befürwortet worden sein sollen.

Die Drucker selbst gaben an, den Inhalt der Artikel nicht gelesen zu haben, als sie die Druckaufträge durchführten. Und auch das Gericht mußte zugestehen, daß die Angeklagten nicht der „Sympathisantenszene zuzurechnen" seien. Dennoch fällte es dieses Urteil, weil nämlich ein „bedingter Vorsatz" vorgelegen habe: Sie hätten zwar beim Druck die Texte nicht gekannt, aber sie hätten wenigstens im Nachhinein von den inkriminierten Texten erfahren müssen! Diese unglaubliche Forderung an alle Drucker, eine Zensur über die Druckaufträge einzuführen, ist eine Unverschämtheit, die das Rechtsempfinden eines jeden demokratisch eingestellten Menschen verletzt. Auch die vier Drucker gaben im Prozeß unmißverständlich zu verstehen, daß sie auch in Zukunft nicht daran dächten, die Texte ihrer Kunden vor dem Druck zu zensieren, weil ihrer Meinung nach ein Eingriff in Texte nicht mit dem Grundgesetz übereinstimme. Diese Äußerung wertete das Gericht als „fortdauernde Uneinsichtigkeit" und lehnte es deshalb ab, die Strafe zur Bewährung auszusetzen!

Dieses drastische Urteil ist eine Provokation. Hier soll offenbar ein Exempel statuiert werden, damit ein jeder, der nur irgendwie mit der Herstellung oder dem Vertrieb von Schriften zu tun hat, weiß, was ihm blüht, wenn er nicht auf revolutionäre oder auch nur oppositionelle Texte achtet und die schmutzige Arbeit der Zensur für den Staat übernimmt. Insofern ist dieses Urteil eine weitere Verschärfung der bisherigen Zensurpraxis des Bonner Staates.

Daß es sich hier aber auch um einen Angriff auf die Schriftsteller handelt, brachte der Vorstand des Westberliner Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier zum Ausdruck, als er gegen dieses Urteil protestierte. Nach Meinung des Verbandes will der Staat offensichtlich, daß sich alle Schriftsteller „zur Anpassung und Selbstzensur" aufgefordert fühlten. Diese „Aufforderung" ist aber in Wirklichkeit der Zwang, sich in politischen Aussagen zurückzuhalten bzw. über bestimmte Themen überhaupt nichts mehr zu schreiben, wenn man als Schriftsteller seine Druckerei nicht verlieren will. Die Verteidigung der verurteilten Drucker hat einen Revisionsantrag angekündigt.

Weg mit den Bonner Zensurpraktiken! Freiheit für die vier AGIT-Drucker!

„Roter-Morgen"-Prozeß
Verfahren gegen Ernst Aust angekündigt

Eine Geldstrafe von 1.200 Mark wurde am 13. Februar gegen die presserechtlich Verantwortliche des „Roten Morgen", Renate Schneider, verhängt. Damit reagierte die Justiz im wesentlichen auf eine Rede des Genossen Ernst Aust gegen die Pogromhetze anläßlich der Schleyer-Entführung, die im „Roten Morgen" abgedruckt war und in der „maßlose Angriffe gegen die Bundesrepublik" enthalten gewesen sein sollen.

Die verhängte Geldstrafe ist aber noch nicht das letzte Wort der Justiz. Damit ist die Angeklagte nur als presserechtlich Verantwortliche, die es sozusagen unterlassen hat, das Erscheinen der Rede im „Roten Morgen" zu verhindern, verurteilt worden. Auf Veranlassung des Gerichtsvorsitzenden Krahn soll jetzt ein Verfahren gegen Ernst Aust, den Vorsitzenden der KPD/ML, wegen seiner Rede vor dem Politbüro mit dem Titel „Die Massen zur Revolution erziehen" eröffnet werden. Der Gerichtsvorsitzende hält das für nötig, weil die in dieser Rede verwendeten Ausdrücke „die Grenze des Erlaubten überschritten" hätten.

Bezeichnend ist, daß es sich bei den inkriminierten Äußerungen um Aussagen handelt, die im Zusammenhang mit der Faschisierung des Bonner Staates von „polizeistaatlichem Terror", „konterrevolutionärem Terror in seiner brutalsten Form" und vom „brutalen Polizeistaat" sprechen. Wer hier aber in Wirklichkeit maßlos war — Ernst Aust mit der Anprangerung der Faschisierung, oder der Bonner Staat mit seiner Pogromhetze gegen jegliche Kritiker des Staates bei der Schleyer-Fahndung — davon kann sich jeder, der die gefährliche Entwicklung des Bonner Staats mit offenen Augen verfolgt, selber ein Urteil bilden.

Croissant verurteilt!

Mit einem Urteil von zweieinhalb Jahren Haft und vier Jahren Berufsverbot wurde vor einer Woche der Anwalt der RAF-Gefangenen Klaus Croissant bestraft. Damit rächt sich die Justiz der Bundesrepublik im Namen des herrschenden Systems dafür, daß sich dieser Anwalt im Kampf gegen den Abbau der Verteidigerrechte nicht hat kleinkriegen lassen.

Der Bonner Staat hat die Prozesse gegen die RAF-Angehörigen benutzt, um neue Strafrechtspraktiken einzuführen, die darauf hinauslaufen, daß der Verteidiger in politischen Prozessen mehr und mehr zum Werkzeug des Gerichts gemacht werden soll. Croissant hat während des ganzen Prozesses darauf bestanden, daß seine Mitarbeit an dem Info-System der RAF-Angeklagten der Verteidigung diente und daß ihm hier der politische Prozeß gemacht würde, weil er sich nicht gefügt habe. Insbesondere hat sich Croissant auch dadurch beim Bonner Staat verhaßt gemacht, daß er ins Ausland geflohen ist und dort über die Faschisierung in Westdeutschland aufgeklärt hat.

Neonazistische Umtriebe

26 Neonazis, schwarz uniformiert und mit Totenkopfabzeichen, marschierten am 10. 2. durch Hannover, bedrohten Passanten mit Gaspistolen, umwickelten Bleirohren und Gummiknüppeln und verteilten Flugblätter mit dem Aufruf „Freiheit für Michael Kühnen". Kühnen muß sich zur Zeit wegen zahlreicher Delikte und wegen Bildung einer rechtsextremistischen kriminellen Vereinigung („NSDAP-AO") vor Gericht verantworten.

Aktionen gegen Verjährung

Düsseldorf. Am 10. 2. führten Genossen unserer Partei zwei Informationsstände gegen Reaktion und Faschismus



durch und verteilten Flugblätter an die Düsseldorfer Bevölkerung. Innerhalb von zwei Stunden hatten sich über 50 Menschen in die Unterschriftenlisten „Gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen" eingetragen.

Frankfurt. Eine ganze Reihe von Unterschriften gegen die Verjährung sammelten auch Frankfurter Genossen der Antifaschistischen Aktionseinheit. Die Resonanz der Bevölkerung auf ein von der Aktionseinheit herausgegebenes Flugblatt war sehr groß.

DARMSTADT. Mit 2.000 Flugblättern und 300 Plakaten hatte die Antifaschistische Aktionseinheit zu einer Veranstaltung aufgerufen, die am 9. 2. im Jugendhaus „Hütte" stattfand. Über 100 vorwiegend jugendliche Besucher sahen in einem Video-Film eine frühere antifaschistische Aktion in Darmstadt, in der sich viele wiedererkannten. Der Frankfurter Theatergruppe „Hobelbühne" gelang es, mit ihrem Stück „Mord im Treppenhaus" die Zuschauer richtig mitzureißen. Insgesamt 53 Unterschriften gegen die Verjährung und 65 Mark für die weitere Arbeit kamen am Ende der Veranstaltung zusammen.



Demonstration gegen die MHP mit ihrem Führer Türkes und ihre Faschistenbande „Graue Wölfe", die 1978 in Dortmund unter dem Schutz der Polizei eine Veranstaltung in der Westfalenhalle abhalten konnte.

„Da zogen die ‚Grauen Wölfe' den Schwanz ein"

Volkskorrespondenz aus Michelstadt

Im „Roten Morgen" Nr. 5/79 war eine Korrespondenz über die türkische Faschistenbande der MHP, genannt „Graue Wölfe". Hier in Michelstadt gibt es, wie überhaupt im Odenwald, eine große Zahl von türkischen Kollegen. Damit gibt es leider auch die verdammten, faschistischen „Wölfe". In den Betrieben, in denen türkische Arbeiter sind, tragen sie ihr Abzeichen (ein Wolf in einem Halbmond) ganz offen. Mehr noch: Sammy, der türkische Besitzer von „Sammy's Diskothek" hat sich eine Prügelgarde aus „Grauen Wölfen" zugelegt. In dieser Diskothek tummeln sich diese Banditen ganz offen und terrorisieren teilweise die Gäste. Mehrmals wurden Gäste zusammengeschlagen, weil sie etwas laut waren oder aus Versehen ein Bier umgestoßen haben. Auch ist es schon vorgekommen, daß die „Wölfe" auf Jugendliche losgingen, die versucht haben, den unverschämt hohen Eintritt in die Diskothek zu umgehen. Die Sympathie des Besitzers für diese Mordbuben ging soweit, daß er eines Tages das Abzeichen der „Grauen Wölfe" an die Wand pinseln ließ. Allerdings ließ er es nach massiven Protesten, bis hin zur Boykottdrohung, wieder entfernen. Empörte Jugendliche haben ihm auch schon die Wände seiner Diskothek mit Parolen bemalt: „Sammy = Schläger = SA und SS".

Soviel voraus. Ich will hier einen Fall erzählen, der zeigt, daß diese Faschistenbande nicht nur auf politisch aktive türkische Kollegen losgeht, wie die Korrespondenz im RM Nr. 5 zeigt, sondern daß sie die Absicht haben, das ganze Leben der türkischen Kollegen zu bespitzeln und zu kontrollieren. Sie verbreiten um sich ein Klima des Terrors und der Einschüchterung.

Die Geschichte ist ganz einfach: Ein 17jähriges türkisches Mädchen, das in Deutschland aufgewachsen ist, hatte die Situation in ihrem Elternhaus satt, wegen der religiösen Verblödung, die dort herrscht. Als Mädchen ist sie schließlich nach den Gesetzen des Korans ein Mensch zweiter Klasse. Was das bedeutet sieht man daran, daß sie bereits auf die erbärmlichste Weise von ihren Eltern verprügelt wurde, wenn sie nur mit ihren deutschen Freunden (die sie aus der Schule kannte) abends mal wegging. Für eine Frau schickt sich das eben nach den Gesetzen des Islam nicht.

Kurz und gut: Als sie es nicht mehr aushielt, zog sie zu ihrer deutschen Freundin. Sie wollte einfach frei sein. Da traten nun die „Grauen Wölfe" in Erscheinung. Ganz offen, von der Polizei geduldet, begannen sie die beiden Mädchen zu terrorisieren. Die Fensterscheiben der Wohnung der deutschen Freundin wurden nachts mehrmals eingeschlagen. Einmal fand sich ein Zettel mit Morddrohungen, einmal ein mehrere Zoll langes Messer mit dem Emblem der „Grauen Wölfe". Die Polizei, von den Eltern der Deutschen alarmiert, kümmerte sich nicht darum.

Das deutsche Mädchen erzählte den Fall überall herum, was das Beste war, was sie tun konnte. Natürlich gab es zunächst auch Stimmen, die sagten, das sei alles nicht so ernst zu nehmen. Aber die wurden bald eines besseren belehrt, als die Deutsche eines Abends kurz vor ihrer Wohnung von zwei Gestalten angefallen wurde. In einem erkannte sie einen der „Wölfe", die sich öfters in der oben genannten Diskothek tummeln. Sie erhielt einen Schlag in den Magen. Schlimmerem entging sie nur dadurch, daß sich auf der Straße Passanten zeigten und die Faschisten sich nicht mehr sicher fühlten und verschwanden.

Genossen der KPD/ML haben den Mädchen ihre Hilfe gegen die Faschisten angeboten. Die Türkin lehnte ab. Aus Angst. Auch das deutsche Mädchen hatte Angst vor einem offenen Eingreifen der Partei. Aber gemeinsam mit den Freunden und Bekannten der Mädchen wurde nun die Solidarität organisiert. Die Türkin zog erst einmal zu Bekannten nach Oberhessen. Die Freunde und Genossen achteten darauf, daß das deutsche Mädchen nicht mehr allein abends ausgehen mußte. Sie wurde abgeholt und nach Hause gefahren. In den Lokalen, in denen sie verkehrte und in denen auch Mitglieder der „Grauen Wölfe" zu finden waren, wurde weiter offensiv über den Fall berichtet und dazu aufgefordert, den Faschisten entgegenzutreten. Die Faschisten, soweit sie in diesen Lokalen waren, wurden direkt bloßgestellt: „Der gehört dazu, der auch."

Die ganze Aktion war ein voller Erfolg. Als die Faschistenbande merkte, daß sie dabei war, einen beträchtlichen Teil der Jugendlichen gegen sich aufzubringen, zog sie den Schwanz ein und ließ die beiden Mädchen in Ruhe.

Außerdem, meine ich, zeigt dieses Beispiel sehr gut, wie man im Kleinen zur Schmiedung der Front gegen Reaktion und Faschismus beitragen kann. Ohne viel Propagandaaufwand, ohne Flugblätter oder ähnliches hatten wir die Gelegenheit, mit vielen Menschen zu besprechen, was Faschismus bedeutet und daß es gegen ihn nur ein Mittel gibt: gewaltsamen, organisierten Widerstand.

Tod dem Faschismus! Freiheit dem Volk!

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"
○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Datum: .... **Unterschrift:** ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103 Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Leserbriefe betr.: „Holocaust"

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

„Es liegt an uns, hier anzusetzen"

Liebe Genossen!

Mit Spannung habe ich erwartet, was der RM zu Holocaust schreibt. Ich bin, ehrlich gesagt, enttäuscht darüber, daß der RM den Film keiner kritischen Einschätzung unterzieht und lediglich feststellt, er habe verschiedene Mängel. [Wir haben das in Nr. 6/79 nachgeholt — RM].

Da ich selbst in der Antifa-Bewegung engagiert bin und über den Film viele Diskussionen und Meinungen gehört habe, möchte ich euch die Erfahrungen weitergeben. Allgemein wird festgestellt, daß dieser Film die Diskussion über den Nazi-Faschismus ungeheuer belebt hat und sich dadurch gute Möglichkeiten bieten, über das Thema zu diskutieren, die antifaschistische Aufklärung tiefgehender voranzutreiben und die Agitation gegen die Verjährung, Berufsverbote, Todesschuß etc. gerade jetzt ein großes Echo findet. So hat sich die Teilnehmerzahl des Antifaschistischen Arbeitskreises, in dem ich mitarbeite, nach dem Film und antifaschistischen Aktionstagen, die wir zum 30. Janaur durchgeführt haben, verdoppelt.

Tatsache ist es allerdings auch, daß der Film durch Verdrehungen und vor allem systematische Weglassungen ein falsches und verzerrtes Bild über den Faschismus bietet.

So wird im Film die Frage nach den wirklichen Urhebern und Drahtziehern des Faschismus grundsätzlich umgangen. Als Triebfeder erscheint anstatt der Interessen der deutschen Großindustrie eher „das Böse" im (deutschen) Menschen an sich, vor allem in Gestalt des Nazis Dorf und seiner ehrgeizigen Frau. Dahinter verbirgt sich auch eine raffinierte Propaganda für die reaktionäre Kollektivschuld-These.

Der Terror und die Verfolgung durch die Nazis wird auf Rassenhetze gegen Juden und Zigeuner reduziert und das praktisch als Hauptmerkmal des Faschismus herausgestellt. Vom Terror gegen die Arbeiterschaft oder über ihre miese Lebenslage kein Wort.

Der Widerstand der Arbeiterbewegung und der Kommunisten wird weder erwähnt noch angedeutet, sondern schlichtweg geleugnet. Wenn vom Widerstand die Rede ist, dann vom zionistischen Widerstand, der in verklärender Weise dazu benutzt wird, die reaktionären Maßnahmen der Zionisten gegen das palästinensische Volk im Vorhinein bzw. Nachhinein zu rechtfertigen.

Diese Liste ließe sich fortsetzen.

Da diese zentralen Punkte völlig im Sinne und auf der Linie der herrschenden bürgerlichen Propaganda sind, finde ich es auch als kein Wunder, daß dieser Film in den Schulen gezeigt werden soll. Faschismusaufklärung dieser Art wird nicht zufällig gerade jetzt betrieben. Es ist eine notwendige Reaktion der Herrschenden auf das wachsende antifaschistische und demokratische Bewußtsein in der Öffentlichkeit, vor allem unter der Jugend.

Dafür gibt es, meine ich, zwei wesentliche Gründe. Einerseits soll damit verhindert werden, daß das Feld der antifaschistischen Aufklärung den wirklichen Antifaschisten und Kommunisten überlassen wird. Dabei gibt es den Herrschenden selbst die Möglichkeit, sich als antifaschistisch zu gebärden. Andererseits dient es zur Verschleierung des Wesens des Faschismus und seiner wahren Ursachen, wie es seit 30 Jahren bei uns betrieben wird, nur raffinierter. Es liegt an uns, hier anzusetzen, und diese Absichten in ihr Gegenteil zu verkehren, indem wir die Diskussionen, die überall über Holocaust und das Thema Faschismus stattfinden und im Schulunterricht, Volkshochschulen, Gewerkschaft noch zunehmen werden, zu wirklicher antifaschistischer Aufklärung und Agitation zu benutzen. Die geplante Artikelserie zum Thema Faschismus im RM (auch den glänzenden Artikel Ende letzten Jahres über das Buch von Sebastian Haffner) finde ich dabei einen guten Schritt und große Hilfe in dieser Richtung. Ich fände es gut, wenn noch mehr Leser des RM ihre Meinung und Erfahrung zu diesem Thema schreiben würden.

Im übrigen möchte ich euch sagen, daß ich die Aufmachung des RM, wie sie seit Anfang des Jahres betrieben wird, sehr begrüße, und finde, daß sich der RM immer mehr zu einer interessanten Zeitung mit Massencharakter mausert.

Rot Front! N. Taufertshöfer.

Siemens, Krupp und Co.

Liebe Genossen,
hier noch einige Ergänzungen zu dem RM-Artikel „Der KZ-Staat". Der Siemens-Konzern, den ihr darin erwähnt, hatte ebenso wie die IG-Farben Produktionsstätten in einem Nebenlager von Auschwitz, und zwar handelte es sich dabei um das Lager Bobrek, das Siemens eigens für die Ausbeutung der Gefangenen von Auschwitz in einem ehemaligen Phosphatwerk errichtet hatte. Darüber hinaus bestanden Produktionsstätten von Siemens auch in den KZs Groß-Rosen, Buchenwald und Ravensbrück. Außerdem waren auch in den Berliner Siemens-Werken Sklavenarbeiter eingesetzt. Auch an der Massenvernichtung in den Todeslagern haben die Siemens-Bosse direkt verdient. Sie ließen zum Beispiel die Exhaustoren für die Gaskammern von Auschwitz bauen, durch die das tödliche Gas abgesaugt werden konnte.

Über die „Vernichtung durch Arbeit" in den Essener Krupp-Betrieben gibt es einen erschütternden Bericht von Günter Wallraff, der dazu ehemalige Krupp-Angestellte befragt hat. Das ist in dem rororo-Buch „Ihr da oben — wir da unten" von Günter Wallraff und Bernt Engelmann enthalten. Vielleicht könnt ihr die folgenden kurzen Auszüge veröffentlichen.

„An den Außenmauern der Krupp-Werkstätten wurden Schilder angebracht mit dem Hinweis: ‚Slawen sind Sklaven'. In den Werksmitteilungen wurde ausdrücklich von ‚Sklavenarbeitern' und von ‚Sklavenmarkt' gesprochen, ansonsten von ‚Judenmaterial'. Im Hauptbüro war der gebräuchliche Ausdruck für die Zwangsverschleppten ‚Stücke'. Da wurde die Parole ausgegeben, die Fließbänder würden jetzt ‚durch Judenmaterial verlängert'. (...)

Allein in Essen gab es 55 Arbeitslager von Krupp. Mit den Außenstellen in den Konzentrationslagern (u. a. in Auschwitz) hatte Krupp insgesamt an die 100.000 Sklavenarbeiter für sich eingespannt. (...)

Alfried Krupp war der Gebieter über Leben und Tod. Er hatte mit den Nazibonzen ausgehandelt, sich Sklaven für 4 Mark je Kopf und Tag auszuleihen und noch 70 Pfg. für Essen einzubehalten, Umtauschrecht vorbehalten. Er hatte sich ausbedungen, schlechte, das bedeutete oft, bei ihm in kurzer Zeit verschlissene Ware zurückzugeben. Der entsprechende Passus dieser Handelsbeziehung lautete: ‚Es gilt jedenfalls als vereinbart, daß für die Fabrikarbeit gänzlich ungeeignete Leute ausgetauscht werden können.' Es gab deutsche Arbeiter, die trotz Androhung harter Strafen das Risiko auf sich nahmen und den verhungerten Zwangsarbeitern heimlich etwas von ihrem Essen zusteckten. (...)

Jeden Morgen wurden z. B. die Jüdinnen in einem 6-km-Anmarsch in Scharen wie Vieh durch die Böcklerstraße an der Ecke Altendorferstraße zur Arbeit vorbeigetrieben. Dort residierte Alfried in seinem Büro. Dort marschierten im Winter die Arbeitskolonnen vorbei, 14jährige ausgemergelte Mädchen darunter, mit Frostbeulen an Füßen und Händen, denen es verboten war, gegen die noch so eisige Kälte Handschuhe zu tragen, deren Schuhbekleidung ohne Strümpfe nur aus einer Holzsohle bestand, die sie sich mit abgerissenen Fetzen aus ihrer Schlafdecke umwickelt hatten. (...)

Besonders ausgebildete Krupp-Aufseher und Aufseherinnen ließen den Krupp-Sklaven ihre ‚Fürsorgemaßnahmen' mit Peitschen und Knüppeln angedeihen. Im Lager Humboldtstraße gab es z. B. den Aufseher Rieck, der die ‚Betreuung' der Sklavenarbeiter zu einer Art Sport kultiviert hatte. Er trug Reitstiefel, hatte in einer Hand stets ein Stück Gummischlauch, in der anderen eine lange Lederpeitsche.

Seine Jüdinnen waren zwischen 14 und 25, eine war über 30. Als sie bei der Arbeit nicht mehr mit den anderen mithalten konnte, peitschte sie Rieck systematisch zu Tode. Er hatte mit der Zeit eine einzigartige Fertigkeit entwickelt. Er brüstete sich vor den anderen Aufsehern damit, aus 2 1/2 Meter Entfernung genau ins Auge treffen zu können. Er machte das bei seinen Jüdinnen mit Vorliebe. Einmal hat er einer auf diese Weise die Augen ausgepeitscht, so daß sie blind wurde. (...)"

Nach dem Krieg wurde der Verantwortliche für all diese furchtbaren Verbrechen, Alfried Krupp, ja verurteilt — zu zwölf Jahren. Aber schon nach drei Jahren durfte er wieder an die Spitze seines Konzerns zurückkehren.

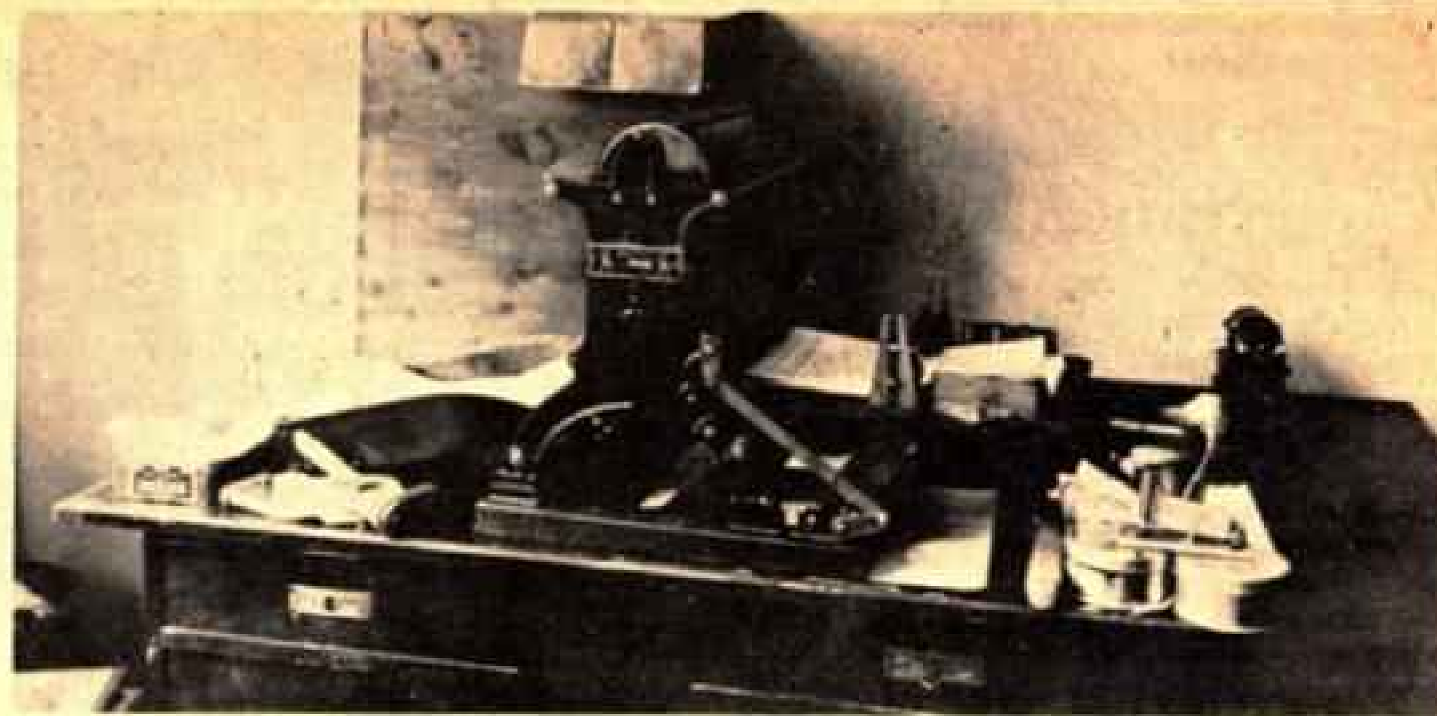
Bezeichnend für den Bonner Staat und seine „Vergangenheitsbewältigung" sind die folgenden Worte, die der damalige Bundestagspräsident Gerstenmaier am Grab von Krupp sprach: „Dann ging Alfried Krupp ins Gefängnis, mit Haltung und mit Würde trat er, der Schuldlose, vor den Militärgerichtshof. Er verantwortete sich für das Haus Krupp, aber er verantwortete sich zugleich für Deutschland mit Rang und Noblesse. Dafür dankt Deutschland an diesem Sarg."

Diskussion um „Holocaust"

50.000 Menschen haben sich in den letzten Wochen ratsuchend an die Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn gewandt. Sie forderten die Broschüre an, die von der Anstalt zur Fernsehserie „Holocaust" erarbeitet wurde. Eine wahrheitsgemäße Antwort auf ihre vielfältigen Fragen jedoch haben sie damit nicht bekommen.



Dieses Foto, eines der wenigen Bilddokumente, die vom Arbeiterwiderstand vorhanden sind, zeigt Mitglieder der Hamburger antifaschistischen Gruppe „ABC-Kolonne".



Eine Abzugsmaschine im illegalen Büro der KPD von Halle/Merseburg

Der Widerstand gegen den Hitler-Faschismus

Fragen etwa nach dem SS-Mann Dorf und den Deutschen. Waren alle so wie er? Oder zumindest viele? Ist unser Volk aus Ehrgeiz und aus Feigheit den Faschisten gefolgt und an ihren Verbrechen mitschuldig geworden? Hat sich niemand gegen das Massenmorden aufgelehnt? „Holocaust" ließ diesen Eindruck entstehen. Und die Broschüre der Bundeszentrale bestätigt ihn. Auf ihren Seiten findet der Widerstand gegen den Faschismus nicht statt. Kein Wort über die Kommunisten, keine Erwähnung der anderen Antifaschisten, die unter dem Einsatz ihres Lebens die braune Terrordiktatur bekämpften.

So setzt auch dieses Heft unter dem Mantel der Aufklärung die Linie der Verfälschung, der tausendfachen Lügen fort, wie sie seit eh und je kennzeichnend ist für die offizielle „Vergangenheitsbewältigung" in diesem Staat. Widerstand gegen den Faschismus — da läßt man höchstens das Attentat vom 20. Juli 1944 gelten oder die kritische Predigt eines Kirchenmannes. Und natürlich melden sich unter dem Stichwort „Widerstand" auch die Vertreter dieses Staates selbst zu Wort, die tausend Eide schwören, daß sie damals schon immer dagegen waren. Der selbsternannte „Widerständler" Filbinger ist nur das widerlichste Beispiel dafür.

Warum leugnen oder verhöhnen die Herren dieses Staates und ihre Ideologen den wirklichen Widerstand, den antifaschistischen Kampf der Werktätigen, des Volkes? Damit wollen sie ihre Lügen untermauern, mit denen sie die Terrorherrschaft des Faschismus ihres Klassencharakters entkleiden und die blutige Diktatur des Monopolkapitals umfälschen in ein vom Volk gewolltes Regime. Zudem soll der Eindruck erweckt werden, als hätten sich nur „staatstragende" Kräfte, wie Kirchenführer, hohe Beamte, Offiziere und bürgerliche Elemente gegen die faschistische Barbarei gewehrt. Damit soll Vertrauen in diese Kräfte geschürt und der Eindruck erweckt werden, als wären gerade die Stützen des kapitalistischen Systems die aufrichtigsten Verteidiger der Demokratie. Auf der anderen Seite haben die Herrschenden schon immer diejenigen, die wirklich für die Befreiung des werktätigen Volkes kämpfen — die Kommunisten — als Feinde von Freiheit und Demokratie verteufelt. Ja, sie stellen uns sogar auf eine Stufe mit den faschistischen Mördern („rot gleich braun"). Auch im Dienst dieser antikommunistischen Hetze muß von den Herren und ihren bezahlten Lakaien die Wahrheit über den antifaschistischen Kampf verschwiegen werden. Denn es ist offensichtlich, daß die Tatsachen — der aufopferungsvolle Kampf der KPD gegen die faschistische Diktatur — ihren gemeinen Hetzlügen Hohn sprechen.

Streiks — trotz Terrorherrschaft

Wie sah es nun wirklich aus mit dem Kampf und dem Widerstand in den Jahren der faschistischen Terrorherrschaft? Wir wollen hier die Henker des deutschen Volkes selbst sprechen lassen. In ihren Geheimberichten, die nach der Befreiung in den Archiven entdeckt wurden, entsteht ein plastisches Bild vom Umfang des Widerstands, den gerade die Arbeiterklasse unter der Führung ihrer Partei der Diktatur entgegenbrachte. Da heißt es etwa in einem vertraulichen Lagebericht der Gestapo vom September 1936, der eine Aussprache im Reichswirtschaftsministerium widergibt:

„Ministerialdirektor Pg. Stiehler betonte, daß im Jahre 1936 ein noch größeres Anwachsen von Streiks und streikähnlichen Aussetzungen stattgefunden habe als in den Jahren 1934/35. Ein bestimmter Teil sind zweifellos politische Streiks. (. . .) Man konnte aus diesen Arbeitsniederlegungen ersehen, daß in einer Anzahl von Fällen tatsächlich die Taktik der Illegalen, die Arbeiterschaft wieder an Streiks zu gewöhnen, angewandt worden war."

In dem erwähnten Bericht wird weiter über „Vorkommnisse" in den einzelnen Städten des Landes berichtet: „**Bremen**. Die allgemeine Stimmung ist zur Zeit außerordentlich hochgespannt. (. . .) Die Zahl der Gegner und ihre Kampfesweise darf nicht unterschätzt werden. (. . .) **Münster**. Die Aktivität der illegalen KPD hat sich in der Berichtszeit in allen Formen der Werbung und Propaganda gesteigert. Im Berichtsmonat mehrten sich in auffälliger Weise die Fälle, in denen auf den deutschen Gruß ‚Heil Hitler' mit ‚Heil Moskau' erwidert wurde. (. . .) **Berlin**. [Über die Steigerung der Propaganda der KPD heißt es]: Es sind dies Zellen-, Stadtteil-, Unterbezirks- und Betriebszeitungen. In den letzten Monaten kann man damit rechnen, daß in Berlin je Monat etwa 60 Neuerscheinungen zur Verbreitung gelangt sind. Wenn man bedenkt, daß jede im Büroabzugsverfahren hergestellte örtliche Zeitung immerhin eine Auflage von 200 bis 300 Stück erreicht, so kann man ermessen, welchen Umfang gerade in Berlin die kommunistische Propaganda erreicht hat."



Die Parteiorganisationen der KPD verbreiteten unter unsagbaren Schwierigkeiten und Gefahren ihre Flugblätter und Zeitungen. Ein Teil der Materialien wurde über die Grenzen nach Deutschland geschmuggelt, der größte Teil wurde illegal im Land selbst hergestellt.

In einem anderen Dokument, einer sogenannten Vertragsnotiz der Abwehrabteilung der Luftwaffe vom 26. September 1936, kann man lesen: „Berichte mehrerer Abwehrstellen lassen erkennen, daß in letzter Zeit bei Wehrmachtsbaustellen, vor allem der Luftwaffe, in zunehmendem Maße kommunistische Umtriebe in Erscheinung treten. Diese äußern sich in Arbeitsverweigerungen, Sabotageakten und -drohungen, Absingen der ‚Internationale', ‚Heil-Moskau'-Rufen, staatsfeindlichen Äußerungen in Briefen, Verteilung von Handzetteln hochverräterischen Inhalts usw. Teilweise wurde kommunistische Zellenbildung beobachtet und Verkehr zwischen Gesinnungsgenossen benachbarter Baustellen festgestellt. (. . .) Nach Ansicht der Abwehrabteilung bedeuten diese kommunistischen Umtriebe eine erhebliche Gefährdung der Interessen der Landesverteidigung."

Wobei mit dem letzteren die Aufrüstung und die hemmungslosen Kriegsvorbereitungen der Faschisten gemeint sind. **Diese wenigen Beispiele — sie ließen sich seitenlang fortsetzen — widerlegen die Lüge von der bedingungslosen Gefolgschaft des deutschen Volkes für Hitler und seine Morddiktatur. Sie zeugen vielmehr von einer weitverbreiteten Unzufriedenheit unter den Werktätigen, von der Kampfbereitschaft proletarischer Schichten und von der unermüdlichen organisierenden Tätigkeit der Kommunistischen Partei.**

Nazi-Terror gegen die Arbeiterklasse

Die Grundlage für Unzufriedenheit und Kampfaktionen war die gnadenlose Ausbeutung, der schrankenlose Terror, denen die Werktätigen unter der faschistischen Diktatur ausgesetzt waren. Die Versprechungen, mit denen die Nazis Millionen geködert hatten, machten bald nach der Machtergreifung der brutalen Realität Platz. Die Arbeitslosen, die Hitler „von der Straße holte", wurden zu Hungerlöhnen beim Bau von Autobahnen oder militärischen Anlagen eingesetzt, bzw. als billige Landarbeiter auf die Güter der Junker abkommandiert. Gerade unter diesen Arbeitern war der Widerstand besonders groß. Das oben angeführte Geheimdienstdokument der Luftwaffe ist ein Beispiel dafür.

Das faschistische Joch bedeutete für die deutschen Werktätigen: unerträgliche Steigerung der Antreiberei in den Betrieben, Verlängerung des Arbeitstages, ständige Angriffe auf den Lohn, immer neue Steuerlasten usw. usf. Um die Werktätigen, vor allem die Arbeiterklasse, unter der Knute der Monopolbourgeoisie zu halten, waren sie von der faschistischen Diktatur all ihrer Rechte beraubt worden. Vor allem dies muß man sich vor Augen halten, wenn man über den Widerstand in Hitler-Deutschland spricht. Was bedeutete denn ein Streikkampf, eine antifaschistische Äußerung, eine Sabotageaktion in der Kriegsindustrie oder die Verbreitung eines Flugblatts? Dahinter stand die ständige Gefahr der Verhaftung, standen Zuchthaus und Konzentrationslager und der Tod durch das Henkersbeil der Nazis.

Die Faschisten überzogen nicht nur die Betriebe mit einem immer dichteren Spitzelnetz, sie verschärften auch von Jahr zu Jahr ihren Terror gegen alle, die sich nicht ihrer Diktatur bedingungslos fügten. Mit dem Beginn ihres Raubkriegs etwa verfügten sie neben dem Streikverbot und dem generellen Verbot jeder gewerkschaftlichen Tätigkeit, das schon seit ihrer Machtübernahme bestand, auch noch das Verbot des Arbeitsplatzwechsels, des Hörens ausländischer Sender usw., und sie verhängten für die „Beschädigung von Wehrmitteln" — das war faktisch jede Sabotage- und Streikaktion in den rüstungswichtigen Betrieben — die Todesstrafe.

Hier soll nur ein Beispiel dafür angeführt werden, in welchen Formen der Nazi-Terror gegen die Arbeiterklasse schon Mitte der dreißiger Jahre tobte. Im Dezember 1935 wurden 628 Arbeiter aus dem Wuppertaler Gebiet vor die faschistische Justiz gezerrt, weil sie illegale gewerkschaftliche Arbeit betrieben hatten. Die Kollegen wurden zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt; 27 Arbeiter waren schon vor dem Prozeß von den Nazis zu Tode gequält worden.

Aber trotz dieses Mordterrors kämpfte die Arbeiterklasse unter der Führung ihrer Partei weiter gegen die Diktatur des Monopolkapitals. Im Herbst 1935 zum Beispiel wehrten sich 40.000 Berliner Siemens-Arbeiter erfolgreich gegen die Einführung höherer Lohnabzüge. Im Februar 1936 führten die Kumpel auf vier Zechen in Wanne-Eickel einen 24stündigen P oteststreik gegen die Verhaftung von 50 Kollegen durch. Diese mutige Kampfaktion erzwang die Freilassung der Bergleute. Einer der größten Streiks unter der Nazi-Diktatur brach am 25. Juni 1936 im Rüsselsheimer Opel-Werk aus. Der ganze Karosseriebau streikte gegen Lohnkürzungen. Die Bänder wurden stillgelegt und die Kollegen zogen in einem Protestmarsch zur Betriebsverwaltung. Die Faschisten antworteten darauf mit Massenentlassungen und der Verhaftung von 37 Arbeitern.

Wie breit der Widerstand der Arbeiterklasse gegen die braunen Machthaber war, zeigte sich in jenen Jahren besonders bei den Vertrauensleutewahlen, die in einer Atmosphäre der Einschüchterung, der Bespitzelung und des Terrors durchgeführt wurden. Trotzdem mußten die Nazis 1935 insgesamt eine offene Opposition von 25 Prozent gegen die Kandidaten der faschistischen Zwangsgewerkschaft DAF (Deutsche Arbeitsfront) hinnehmen. In den Großbetrieben war sie noch weit stärker, so etwa im Klöckner-Konzern 41 Prozent, bei der Demag 51 Prozent. Im darauffolgenden Jahr hatte die oppositionelle Stimmung noch weiter zugenommen, so daß die Wahlen verschoben und schließlich ganz ausgesetzt wurden.

Kampfaktionen der Arbeiterklasse hat es während der ganzen Zeit der braunen Diktatur gegeben, auch in den Kriegs-

Fortsetzung auf Seite 10



Ein Bild, wie es in den Jahren der faschistischen Diktatur alltäglich war: Nazi-Schergen verhaften revolutionäre Arbeiter.

Fortsetzung von Seite 9

Der Widerstand gegen den Hitler-Faschismus

jahren, wo die Teilnahme daran buchstäblich den Kopf kosten konnte. So mußte der Justizminister Thierack 1944 melden, daß sich im ersten Halbjahr 12.945 deutsche und 193.024 ausländische Zwangsarbeiter an „Arbeitsniederlegungen" beteiligt hatten. Im gleichen Zeitraum wurden 310.000 Menschen wegen Widerstandsaktionen verhaftet.

Die KPD an der Spitze des Kampfes

An der Spitze der Kämpfe gegen die faschistische Diktatur stand die KPD. Wir haben in den letzten Ausgaben des „Roten Morgen" über die Anstrengungen der Partei berichtet, eine breite Einheitsfront der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes gegen die Errichtung der faschistischen Diktatur zu bilden. Es ist klar, daß mit dem Machtantritt des Faschismus die Bedingungen des Kampfes unsäglich erschwert wurden. Das bedeutete zunächst einmal, eine Massenpartei mit 300.000 Mitgliedern, deren Funktionäre zum größten Teil dem Klassenfeind bekannt waren, in die Illegalität zu überführen. Die Partei hatte natürlich Vorbereitungen darauf getroffen, einen Teil des Apparats gesichert, Ausweichquartiere bereitgestellt usw. Dennoch rissen schon die ersten Wochen und Monate tiefe Lücken in die Reihen der Kommunisten. So waren etwa bis Anfang Juni von 22 Bezirksleitungen 17 verhaftet worden. Bis zum April 1935 mußten aufgrund der Verhaftungen in den Bezirken bis zu acht Leitungen hintereinander eingesetzt werden. Diese Zahlen, hinter denen sich das ganze Ausmaß des faschistischen Terrors gegen die Partei verbirgt, zeigt eindringlich, welche hohen Blutopfer die Kommunisten schon in der ersten Zeit der Hitler-Diktatur entrichten mußten. Am 3. März 1933 war den Henkern der Führer der deutschen Arbeiterklasse, Genosse Ernst Thälmann, in die Hände gefallen. Im November des gleichen Jahres holten die braunen Häscher den Genossen John Scheer, der nach Thälmanns Verhaftung die KPD in Deutschland führte. Unzählige Genossen wurden in den ersten Jahren der Nazi-Herrschaft hingerichtet, darunter Edgar André und Fiete Schulze. Unzählige andere wurden ohne Gerichtsurteil hingemordet, zu Tode gefoltert oder — wie John Scheer — „auf der Flucht erschossen".



John Scheer, Mitglied des Politbüros der KPD und nach der Verhaftung Ernst Thälmanns mit der Führung der KPD in Deutschland betraut, wurde von den Faschisten 1934 „auf der Flucht erschossen".

Aber trotz all dieser Opfer konnte die Partei nicht zerschlagen werden. Ihr Übergang in die Illegalität unter diesen Bedingungen und ihr mutiger und selbstloser Kampf gegen Faschismus und Krieg wird für immer eines der erhabensten Ruhmesblätter in der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung bleiben. Die KPD war die einzige Partei, die durch den Terror der faschistischen Diktatur nicht zerschlagen werden konnte. Die SPD war als einheitliche Organisation zerfallen, die anderen bürgerlichen Parteien waren den Befehlen der Nazis nachgekommen und hatten sich selbst aufgelöst.

Kurs auf die antifaschistische Volksfront

Um die Arbeit der Partei auf die äußerst schwierigen Bedingungen der Illegalität einzustellen, verlegte die KPD den Sitz ihres Politbüros ins Ausland, erst nach Paris, dann nach Prag und schließlich nach Moskau, in die Hauptstadt des ersten sozialistischen Landes. Die operative Leitung der unter dem faschistischen Joch kämpfenden Partei in Deutschland übernahm eine Auslandsleitung, die direkt aus den noch nicht von den deutschen Imperialisten besetzten Nachbarländern die Anleitung der einzelnen Bezirke durchführte. Die Aufrechterhaltung und der Ausbau der Verbindungen unter den verschiedenen Parteiorganisationen war ein großartiges Werk der deutschen Kommunisten, das die höchste Bewunderung abfordert. Trotz aller Schwierigkeiten, trotz fortwährender Verhaftungen von Verbindungsleuten, riß doch der Kontakt zwischen der Führung und den Zellen der Partei niemals über eine längere Zeit hinweg ab. Und es gelang der KPD auch, die Verbindung mit ihrem eingekerkerten Vorsitzenden Thälmann zu halten.

Im Oktober 1935 trat in Moskau der 13. Parteitag („Brüsseler Konferenz") zusammen. Er orientierte die illegale Partei auf den Kampf um die Einheitsfront der Arbeiterklasse und die Schaffung einer antifaschistischen Volksfront in Deutschland. Unermüdlich wirkten die Kommunisten für die einheitliche Aktion der Arbeiter gegen den Faschismus. Große Erfolge waren in diesem Kampf zu verzeichnen. Unter dem Eindruck der terroristischen Gewaltherrschaft machten sich viele sozialdemokratische Kollegen von dem Bannstrahl ihrer Führer gegen die Einheitsfront frei, und kämpften gemeinsam mit ihren kommunistischen Klassenbrüdern in den von der KPD gebildeten Widerstandsgruppen. Es muß an dieser Stelle auch darauf hingewiesen werden, daß die verschiedenen Auslandsführungen der SPD auch nach dem Sieg des Faschismus ihre schändliche Politik der Sabotage an der Einheitsfront nicht aufgaben. Abgesehen von wenigen Funktionären wie Rudolf Breitscheid sahen diese mit dem Kapital verbundenen Elemente auch jetzt, nachdem sie aus Deutschland vertrieben worden waren, ihren Hauptfeind nicht im Faschismus, sondern in den Kommunisten. (Wird im nächsten „Roten Morgen" fortgesetzt).

Iran nach dem Sturz der Monarchie

Massendemonstration für die Bildung einer Volksarmee

Khomeiny ernennt Schah-Generäle zu Militärbefehlshabern

Teheran in der vergangenen Woche. Die Menschen strömen zu Freudenkundgebungen auf die Straße. Sie brechen in Begeisterungsrufe aus und umarmen sich. Soeben haben die Rundfunksender die Hinrichtung von vier Generälen der faschistischen Schah-Diktatur bekannt gegeben. Unter denen, die für ihre ungeheuren Verbrechen am Volk die gerechte Strafe gefunden haben, ist auch der SAVAK-Chef Nassiri.

SAVAK — das war der berüchtigte und zutiefst verhaßte Geheimdienst, der unter dem unmittelbaren Kommando des Schahs stand. Im Jahre 1957 vom CIA unter Mithilfe des israelischen Geheimdienstes Mossad gegründet, hatte er sein blutiges Netz über das ganze Land geworfen. SAVAK — das stand für Massenverhaftungen, für grausame Folter und tausendfachen Mord.

Die lange herbeigesehnte Abrechnung mit dem Chef dieser Terror-Organisation hat im iranischen Volk noch den Haß auf seine Unterdrücker und Peiniger gestärkt, den brennenden Wunsch, mit allen Mördern und Folterern des Schah-Regimes abzurechnen.

In den vergangenen Wochen und Monaten hatten immer wieder Werktätige oder einfache Soldaten solchen Elementen die Rechnung aufgemacht und sie hingerichtet. Jetzt — nach dem Sturz der Pahlewi-Dynastie — sieht das iranische Volk den Zeitpunkt für gekommen, um eine grundsätzliche Abrechnung mit den Verantwortlichen des Terror-Regimes vorzunehmen. Die von Khomeiny gebildete Regierung jedoch ist dazu nicht bereit.

Im Gegenteil, sie fällt dem Volk in den Arm. Von den Moscheen rufen die religiösen Führer nach der Schonung der SAVAK-Peiniger. Gewalt gegen sie wäre gegen die Gesetze des Islam. Und während vier Generäle die gerechte Strafe fanden, lassen die neuen Machthaber Tausende andere Mörder, die vom Volk dingfest gemacht wurden, wieder laufen. Bezeichnend dafür ist der Fall des vom Schah eingesetzten Regierungschefs Bakhtiar. Gerade erst hat der frühere Luftwaffengeneral Rabi in einem Verhör gestanden, daß Bakhtiar den Befehl zur Bombardierung einer von rebellierenden Werktätigen besetzten Fabrik gegeben hat. Nur der Aufstand der Massen von Teheran hat dieses eiskalt geplante furchtbare Blutbad verhindert. Trotzdem hat Khomeinys Regierungchef Bazarghan versucht, seinem Vorgänger Bakhtiar die Flucht ins Ausland zu ermöglichen. Auf dem Flugplatz konnte der Lakai des Schahs allerdings verhaftet werden.

Ganz offensichtlich treten die neuen Machthaber in der Frage der Bestrafung der faschistischen Mörder den Willen des Volkes mit Füßen. Noch bedeutungsvoller aber ist die Frage der Organisierung der Armee, die gegenwärtig im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zwischen der neuen Regierung und breiten Teilen der Werktätigen steht. Khomeiny hat nicht nur viele der Schah-Generäle vor der Strafe geschützt, er setzt sie sogar zunehmend wieder in ihre alten Funktionen ein. So wurde jetzt der General Naurusi zum Befehlshaber der Polizei gemacht. Ein Mann mit einschlägiger Erfahrung. Stand er doch schon unter dem Schah-Regime an zweiter Stelle in der Hierarchie der faschistischen Polizei. General Mahakeli, unter dem Schah Chef der Gendarmerie, wurde sogar auf seinem Posten bestätigt.

Zudem hat Khomeiny in den letzten Wochen immer wieder die Soldaten aufgerufen, in ihre Kasernen zurückzukehren. Das ist ein deutlicher Versuch, der Zersetzung der Armee entgegenzuarbeiten, die Soldaten wieder von den revolutionären Volksmassen zu isolieren und sie dem Befehl der alten Schah-Generäle erneut zu unterstellen. Besondere Empörung hat die Tatsache ausgelöst, daß Khomeiny auch dann seine Appelle an die Soldaten zur Rückkehr in die Kasernen verbreitete, als in der Stadt Täbris tagelange blutige Kämpfe zwischen SAVAK-Leuten und nur unzureichend bewaffneten Werktätigen tobten. Die Regierung hat massiv zu verhindern versucht, daß der Bevölkerung von Täbris bewaffnete Einheiten des Volkes zu Hilfe eilten. Dieser Verrat hat Hunderte das Leben gekostet.

Am vergangenen Freitag brachten Zehntausende von Demonstranten ihre Empörung in einer Protestdemonstration zum Ausdruck. Sie forderten die vollständige Entmachtung der zivilen und militärischen Würdenträger des alten Regimes und die Hinrichtung der Schah-Offiziere. Weiter erhoben sie die Forderung nach der Bildung einer Volksarmee. An dem Massenaufmarsch beteiligten sich auch viele Soldaten, die sich weigern, den Befehlen Khomeinys nachzukommen und in die Kasernen unter das Kommando der Schah-Offiziere zurückzukehren.

Unter diesen Umständen ist nicht verwunderlich, wenn die neue Regierung im Iran zunehmend Beifall bei den internationalen Feinden des Volkes, den Imperialisten, findet. Der amerikanische Präsident Carter drückte seine „Hoffnung auf eine produktive und friedliche Zusammenarbeit mit der Regierung von Iran" aus. Gleichzeitig baute Washington seine militärischen Positionen im Mittleren Osten durch die weitere Bewaffnung des Regimes von Saudi-Arabien aus, um Vorbereitungen für eine Aggression gegen das iranische Volk zu treffen.

Die Ereignisse im Iran zeigen, daß das Volk nach seinen großen Siegen der letzten Zeit äußerst wachsam sein und den Kampf gegen innere und äußere Feinde weiterführen muß.



Ein gefangener SAVAK-Agent wird abgeführt.

Frankreichs Stahlarbeiter im Generalstreik

Straßensperren und blockierte Schienen

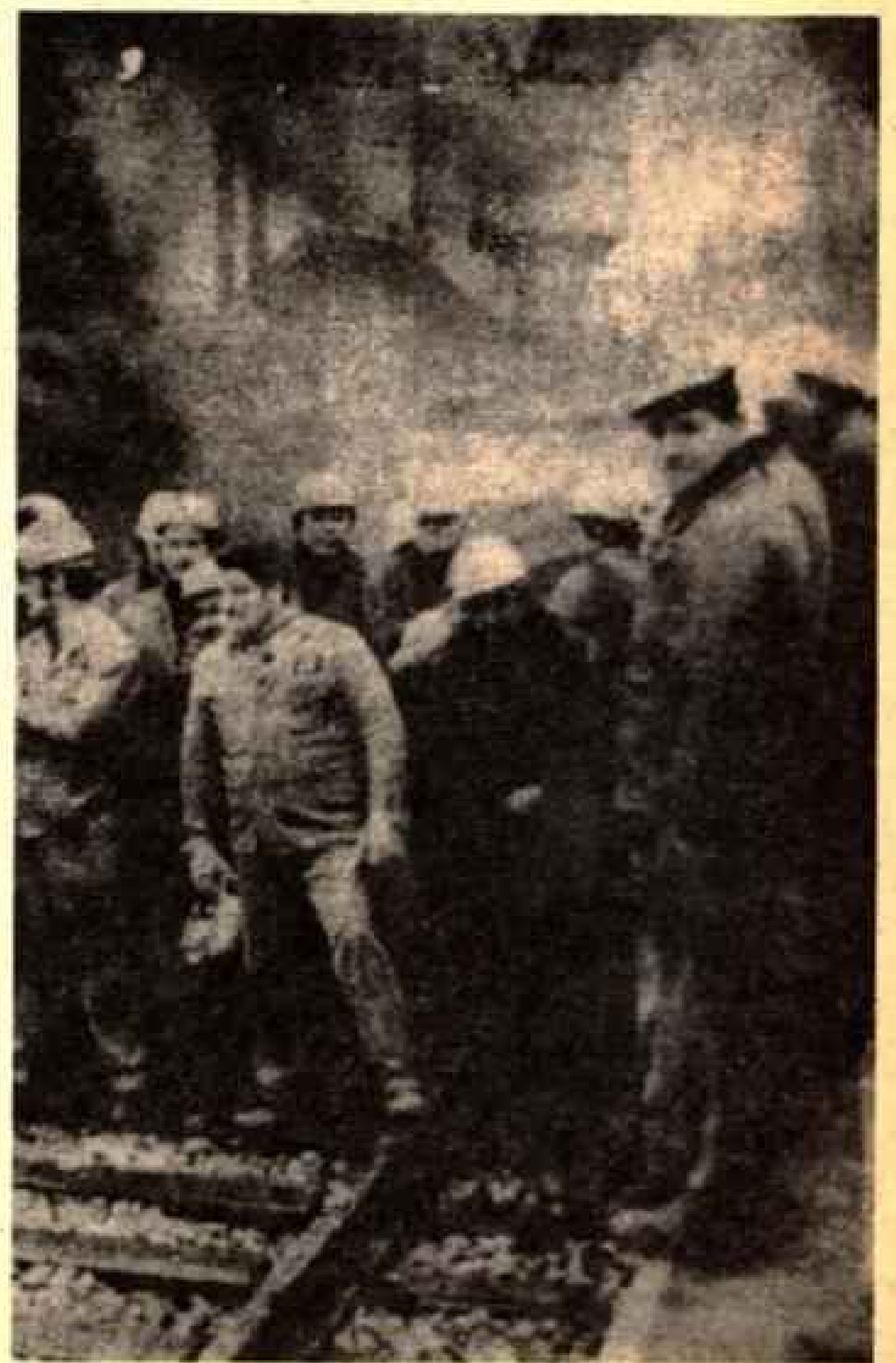
Im gesamten Gebiet Lothringens und Nordfrankreichs legten die Stahlarbeiter am vergangenen Freitag die Arbeit nieder und blockierten die Wirtschaft und das Transportwesen. Das ist die Antwort der französischen Stahlkocher auf die Pläne der Regierung und der Stahlkapitalisten, 20.000 bis 25.000 Arbeitsplätze zu vernichten..

Die Arbeiter führten diesen Streik mit beispielhafter Entschlossenheit und Konsequenz durch. Die Grenzübergänge nach Belgien und Luxemburg wurden gesperrt, Eisenbahnstrecken blockiert, und an vielen Stellen wurden Straßensperren errichtet. Schon in den Tagen vor dem Generalstreik gab es mutige Aktionen der Arbeiter. So wurden zwei leitende Angestellte im Stahlwerk Saint-Léger in Nordfrankreich von Arbeitern festgehalten, die ein Ende der Kurzarbeit verlangten. Der technische und der kaufmännische Direktor im Hüttenwerk Blagny bei Sedan wurden von 50 Arbeiterfrauen festgehalten, die gegen die geplante Entlassung von 460 Arbeitern im kommenden Sommer protestierten. Die Autobahn Paris-Straßburg wurde auf der Höhe von Saint-Avold von Arbeitern eines Chemiewerks gesperrt.

Auch die Arbeiter der Eisenerzgruben sind von Entlassungen bedroht. Aber während diese Entlassungspläne geschmiedet werden, gehen die Transporte mit ausländischem Erz in die Stahlwerke. Aus Protest dagegen haben die Arbeiter in den letzten Wochen mehrfach Eisenerz aus Mauretanien und der Bundesrepublik kurzerhand auf die Schienen geschüttet.

Die Empörung und die Kampfentschlossenheit, die in diesen Aktionen zum Ausdruck kommt, ließ die Gewerkschaftsführungen, die den Generalstreik organisierten, ihre Mitglieder zur „Mäßigung" mahnen. Die Angestelltengewerkschaft zum Beispiel warnte vor „jedem Gewaltakt, der Verwüstung von Amtsgebäuden und der Gefangennahme von Personen" und ermahnte ihre Mitglieder zu „größter Ruhe".

Die Entlassungspläne in Frankreich sind Bestandteil der EWG-Pläne, nach denen in der europäischen Stahlindustrie in den nächsten Jahren 140.000 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen. Was die französischen Stahlwerker am meisten empört: Während die Kapitalisten ihre Betriebe „schrumpfen" lassen und die Arbeiter auf die Straße werfen, kassieren sie vom Staat 10 Milliarden Francs (4,5 Milliarden DM) für diese Maßnahmen!



Stahlarbeiter blockieren den Bahnhof von Trith-Le-Poirier.

Fortsetzung von Seite 1

China hetzt zum Weltkrieg

Mao Tse-tung schüttelte USA-Präsident Nixon, diesem Henker und Mörder des vietnamesischen Volkes, wärmstens die Hand.

Imperialistische Intrigen

Doch kaum hatten die Völker Indochinas in aufopferndem Kampf die Angreifer bezwungen und besiegt, begannen sowohl die sowjetischen Sozialimperialisten als auch die chinesischen Großmachtchauvinisten ihre Intrigen und Komplotte gegen sie zu schmieden. Den als Erbe der Kolonialzeit strittigen Grenzverlauf zwischen Kambodscha und Vietnam ausnutzend, suchten sie die Völker beider Länder gegeneinander zu hetzen, um daraus ihren Nutzen zu ziehen, ihren Einfluß zu vergrößern. So kam es zum Krieg zwischen indochinesischen Brudervölkern.

Besonders die chinesische Führung war es, die den kambodschanisch-vietnamesischen Konflikt anheizte, und die mit beispiellosem Druck und Erpressung gegen Vietnam vorging und sich offen in dessen innere Angelegenheiten einmischte. Während sie und die mit ihnen verbundene amerikanische Supermacht offen und massiv für Kambodscha Partei ergriffen, stellte sich die sowjetische Supermacht auf die Seite Vietnams.

Doch niemand wird den chinesischen Aggressoren das Märchen abnehmen, ausgerechnet das kleine Vietnam, das im Konflikt mit Kambodscha steht, habe sie provoziert, habe den großen chinesischen Nachbarn mit An- und Übergriffen gereizt. Was sich hier zeigt, ist eine nackte imperialistische Aggression, von der auch die anmaßende Zusicherung, man werde sich nach angemessener Bestrafung Vietnams, bei angemessener Zerstörung und Massenmord, hinter die eigenen Grenzen zurückziehen, nicht ablenken kann. Was sich hier zeigt, ist, was die Völker der Welt, die nicht nach ihrer Pfeife tanzen, von einer künftigen Supermacht China zu erwarten hätten.

China auf dem Weg zur Supermacht

Noch sind diese sozialfaschistischen Machthaber in Peking nicht in der Lage, ihren Traum von der chinesischen Weltherrschaft in die Tat umzusetzen. Deshalb versuchen sie, Verbündete zu gewinnen, vom arabischen Potentaten, japanischen Samurai, lateinamerikanischen Faschisten, westdeutschen Militaristen und anderen Reaktionären bis hin zur amerikanischen Supermacht, der sie sich untertänigst anzubiedern versuchen. Wie die Widersprüche zwischen Kambodscha und Vietnam, versuchen sie die Widersprüche zwischen dem USA-Imperialismus und der NATO einerseits und dem sowjetischen Sozialimperialismus und dem Warschauer Pakt andererseits anzuheizen, versuchen sie, nicht nur die Völker Europas in einen neuen Weltkrieg zu hetzen. Wobei sie — wie ein chinesisches Sprichwort sagt — auf dem Berge sitzend, sich den Kampf der Tiger im Tal anschauen möchten.

Wenn sich dann die Tiger im Tal gegenseitig zerfleischt haben werden, wenn Europa, die Welt in Trümmern liegt, hoffen sie, auf diesen Trümmern ihre Weltherrschaft errichten zu können. Doch der Traum der chinesischen Großmachtchauvinisten ist eine Sache, die Wirklichkeit eine andere. Trotz ihres Strebens, die zwei Supermächte in einen Krieg gegeneinander zu hetzen, wird es eher zu einem Krieg zwischen der Sowjetunion und China kommen — der in der Folge zu einem Eingreifen der NATO, zu einem Krieg auf europäischem, auf deutschem Boden führen könnte. Darauf kann es für uns Werktätige nur eine Antwort geben:

„Den Kriegshetzern die Faust ins Gesicht!"

Wer von uns wollte auch schon auf den Schlachtfeldern eines dritten Weltkrieges für das Hegemonie-, das Weltherrschaftstreben der sowjetischen, der chinesischen Sozialimperialisten und Chauvinisten, der amerikanischen, westdeutschen und anderen Imperialisten sein Leben lassen, die ihren Traum vom großdeutschen Reich bis zum Ural noch nicht ausgeträumt haben, die meinen, mit einem Angriff der NATO und Chinas auf die Sowjetunion ihre revanchistischen Ziele verwirklichen zu können. Doch was auch immer sie sagen, welche Lügen und Vorwände sie immer erfinden werden:

Ihr Krieg ist nicht unser Krieg! Ein drittes Mal wird sich das deutsche Volk nicht auf die Schlachtbank eines imperialistischen Krieges führen lassen, sondern von Beginn an die Gewehre gegen jene richten, die es zum Bruder-, zum Völkermord zwingen wollen.

Seid wachsam!

(Text eines Flugblatts, das Anfang dieser Woche von unserer Partei verbreitet wurde.)

Trotz Callaghans „Konkordat"
Die Streiks in Britannien gehen weiter



Streikdemonstration von Arbeitern des öffentlichen Dienstes

Trotz der bürgerlichen Hetzwelle weitet sich in Britannien die Streikbewegung aus. Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, die gegen die „Niedrigst-Bezahlung" streiken, haben ihren Kampf noch verschärft. Unter dem Eindruck des Erfolgs der LKW-Fahrer hat sich jetzt auch in der Metallarbeiter-Gewerkschaft eine Lohnforderung von 33 Prozent durchgesetzt. In dem größten Werk des Automobilkonzerns „British Leyland" in Longbridge sind die 19.000 Beschäftigten in den Arbeitskampf getreten, weil die Konzernleitung ihnen einen Leistungszuschlag verweigerte. Weiterhin dehnen die Beschäftigten im staatlichen Gesundheitsdienst ihre Kampfmaßnahmen aus, und in Winchester legten auch die Arbeiter der Kanalisation ihre Arbeit nieder.

Während so die britischen Arbeiter die Träume der Labourregierung und der britischen Kapitalisten von der 5-Prozent-Lohnleitlinie zunichte gemacht haben, versuchte Premierminister Gallaghan, durch einen Vertrag — ein sogenanntes „Konkordat" — mit den Gewerkschaftsführern, wenigstens für die Zukunft die Arbeiterklasse an die Leine der staatlichen Maßhalte-Politik zu legen. Die Gewerkschaftsführer, die eine Zusammenarbeit mit den Kapitalisten betreiben und denen in der jetzigen Streikwelle die kampfstarke Basis entglitten ist, hat sich zu diesem Konkordat bereiterklärt. Darin verpflichtet sich der britische Gewerkschaftsverband TUC, ab 1982 eine Lohnleitlinie von 5 Prozent anzuerkennen. Außerdem erklärt sich der TUC zu einer alljährlichen „nationalen Berechnung" der „Wirtschaftskapazität" bereit, so daß „Meßwerte für die zulässige Lohnexpansion" gefunden werden können. Das bedeutet nichts anderes, als daß sich die Gewerkschaften verpflichten, sich in ihren Lohnforderungen nicht nach den Interessen der Arbeiterklasse, sondern nach der Lage der kapitalistischen Wirtschaft zu richten. Ihr Vorbild für das „Konkordat" ist offensichtlich die „konzertierte Aktion" in Westdeutschland.

Zusätzlich verpflichten sich die Gewerkschaften, das Streikrecht „in verantwortlicher Weise" zu gebrauchen und ein besseres Verhältnis zu den Unternehmern herzustellen. Beide Seiten halten ein weiteres Abkommen für „dringlich", das den Arbeitern in Schlüsselberufen und -industrien bei „befriedigendem Lohnniveau" einen freiwilligen Streikverzicht abverlangt!

Mit diesem „Konkordat" wollen Regierung und Gewerkschaftsführung die kämpferischen britischen Arbeiter wieder zügeln und dem Profitstreben der britischen Monopole neue Perspektiven eröffnen. Dennoch ist dieser Vertrag zur Zeit eher Wunschdenken als Wirklichkeit. Aufgrund der Streikwelle haben es die vertragschließenden Parteien nicht gewagt, alle diese Forderungen schon jetzt an die Arbeiter zu stellen. Die Gewerkschaftsführer haben diesen Vertrag erst mit Wirkung von 1982 abgeschlossen.

Chinesischer Großmacht-Chauvinismus

Am Sonntagabend standen 80.000 chinesische Elitesoldaten 50 Kilometer tief auf vietnamesischem Boden. Schwere Artillerie hatte die Grenzregionen sturmreif geschossen, Bomber ihre tödliche Last über die Dörfer herabregnen lassen. Dann traten die Panzer- und Infanterietruppen an, um sengend und mordend durch die nördliche Provinz des Nachbarlandes zu ziehen. Pekings Militärapparat auf den Spuren der französischen Kolonialtruppen, der amerikanischen Ledernacken!

Und aus den auf Dengs imperialistischen Kriegshetzer-Kurs gleichgeschalteten chinesischen Massenmedien ergießt sich eine üble Flut chauvinistischer Hetze auf das Volk. Da wird Kriegshysterie geschürt, von angeblichen vietnamesischen Überfällen, von Luftschutzübungen und Massen-Evakuierungen berichtet — als sei nicht Vietnam, sondern China das Opfer einer Aggression. Schon seit langem betreiben die Deng und Hua die Aufpeitschung anti-vietnamesischer Stimmungen in China. Man muß sich nur an die brutalen Akte der Einstellung jeder Hilfe für das vom amerikanischen Aggressionskrieg schwer getroffene Nachbarland erinnern.

In diesem Zusammenhang schürten die Pekinger Führer Angst und Unruhe unter der chinesischen Minderheit in Vietnam. Vor aller Welt stellten sie sich anmaßend als die Sprecher aller Chinesen, in welchem Land auch immer sie leben mögen, hin. Wer fühlte sich da nicht an Hitler erinnert, der als Befreier der „Volksdeutschen", der deutschen Minderheiten in der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien usw. auftrat? Als aber dann die Massenflucht aus Vietnam einsetzte, sperrten die Pekinger Mandarine die Grenzen ihres Landes. Ihnen ging es nicht um die „Befreiung der unterdrückten Landsleute".


Dieses in Peking am Wochenende veröffentlichte Propagandabild zeigt eine Luftschutzübung in Südchina.

Sie wollten nur die chinesische Minderheit in Vietnam zu einem Werkzeug ihrer Großmachtinteressen machen, daß sie nach Belieben einsetzen können, um Unruhe zu stiften und ihren Druck auf das Nachbarland zu verstärken. Zum anderen zielt die chauvinistische Hetze, die Peking gegen Vietnam betreibt, auch auf das chinesische Volk selbst. Auf diesem Volk lastet schwer das Regime der gnadenlosen Ausbeutung und der sozialfaschistischen Unterdrückung. Mit der chauvinistischen anti-vietnamesischen Hetze versuchen die Herren in Peking die Volksmassen vom Kampf gegen ihr Regime abzulenken, es für ihre Großmachtpläne zu mobilisieren und gegen einen „äußeren Feind" zu orientieren.

Das Rezept für diese Politik ist alt — so haben schon immer die Gewaltherrscher versucht, den Kampf des Volkes zu lähmen und es in den Dienst ihrer Eroberungspläne zu stellen. Aber letzten Endes hat noch jedes Volk erkannt, wer seine wahren Feinde sind und auch die chinesischen Revisionisten werden ihrem Schicksal nicht entgehen.

Türkei: „Halkin Kurtuluşu" verboten

Das türkische Regime hat in den letzten Wochen seinen Terror gegen die revolutionäre Bewegung des Landes weiter verschärft. In der vergangenen Woche erreichte uns ein Brief, in dem der Genosse Teoman Göral, Herausgeber der revolutionären Zeitung „Halkin Kurtulusu", über Unterdrükkungsmaßnahmen gegen seine Zeitung berichtet. In dem Brief heißt es unter anderem: „Der Druck und die Verbreitung unserer Zeitung werden ständig behindert. Nachdem in 13 Provinzen unseres Landes das Kriegsrecht ausgerufen wurde, ist die Verbreitung unserer Zeitung in diesen 13 Provinzen verboten worden. Diejenigen, die unsere Zeitung verkaufen, lesen oder auch nur zu Hause aufbewahren, werden gerichtlich verfolgt. Dutzende unserer Leser wurden durch die Militärgerichte des Ausnahmezustands eingekerkert."

„Halkin Kurtulusu" mußte ihren Druckort in eine Stadt außerhalb der Kriegsrechtsprovinzen verlegen. Aber auch dort wird die Herstellung der Zeitung massiv behindert. So wurde am 6. Februar auf Anordnung des Innenministers ohne gerichtlichen Beschluß die ganze Auflage von 50.000 Exemplaren beschlagnahmt. Darüber hinaus hat der Staat, der ein Monopol in Produktion und Verkauf von Zeitungspapier hat, die Papierlieferung für den Februar an „Halkin Kurtulusu" völlig gesperrt.

Genosse Göral erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß die Zeitung seit ihrem Erscheinen vor vier Jahren einer ständigen brutalen Verfolgung ausgesetzt ist. Dazu gehören Beschlagnahmungen ebenso wie die Verhängung von langjährigen Gefängnisstrafen für die Redakteure von „Halkin Kurtulusu". In dem Brief heißt es weiter: „Infolge der oben erwähnten Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung, ihrer Polizei und verschiedener offizieller Stellen wird die Herausgabe unserer Zeitung ‚Halkin Kurtulusu' schon fast unmöglich. Natürlich bekämpfen die proletarischen Revolutionäre der Türkei diese Unterdrükkungsmaßnahmen und das werden sie auch in Zukunft tun. Wenn es auch nicht möglich ist, die Zeitung ‚Halkin Kurtulusu' zu publizieren, wird doch die Stimme der proletarisch-revolutionären Bewegung nicht erstickt werden können."

Wir protestieren entschieden gegen die Terrorakte des türkischen Regimes. Freiheit für „Halkin Kurtulusu"! Freiheit für die proletarisch-revolutionäre Bewegung in der Türkei!

Grußtelegramm der KP Japans (Linke)

An das ZK der KPD/ML

Liebe Genossen,

aus dem „Roten Morgen" erfuhren wir vom erfolgreichen Abschluß eures IV. Parteitages. Wir beglückwünschen euch und alle Mitglieder eurer Partei zu den Erfolgen des IV. Parteitages und entbieten euch unsere revolutionären und brüderlichen Grüße. Euer IV. Parteitag hat das Banner des Marxismus-Leninismus noch höher gehalten, indem er die Kritik am chinesischen Revisionismus vertiefte und Richtlinien verabschiedete, die einen neuen Aufschwung der Partei bedeuten. Wir begrüßen die Erfolge eures Parteitages wärmstens. Wir betrachten sie als Erfolge für alle Marxisten-Leninisten auf der Welt, die ein Voranschreiten der internationalen kommunistischen Bewegung erstreben.

Es lebe die kämpferische Einheit zwischen der KPJ(L) und der KPD/ML!

Es lebe die internationale kommunistische Bewegung, die auf dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus beruht!

Zentralkomitee der KP Japans (Linke)



Eines der vielen Kinder, das von der Seuche betroffen ist, auf der Intensivstation. 61 Babys und Kleinkinder sind bereits an der Seuche gestorben.

Das „geheimnisvolle Übel" von Neapel

Kindersterben in den Elendsvierteln

Seit Februar 1978 sind in der süditalienischen Hafenstadt Neapel über 60 Säuglinge und Kleinkinder einer Seuche zum Opfer gefallen. Die Spitzenbeamten der Gesundheitsbehörde sprechen von einem „geheimnisvollen Übel", das von einem „unbekannten Krankheitserreger" verursacht werde. Doch die tödliche Seuche ist so „geheimnisvoll" nicht. Sie ist ein Produkt der elenden Lebenslage Hunderttausender Werktätiger in der Region Neapel.

Der Erreger der Krankheit ist ebenfalls nicht unbekannt. Es ist — wie der Virologe Tarro bereits nachgewiesen hat — der RVS-Virus Synzytalis. In einem wohlgenährten, gesunden Organismus verläuft die von diesem Virus hervorgerufene Erkrankung relativ harmlos, wie eine Grippe. Befallen die Viren jedoch ein unterernährtes, durch feuchte, übervölkerte Wohnungen, Schmutz und Ungeziefer geschwächtes Kind, so sind die Folgen schwerwiegend: starkes Fieber, Erbrechen, später heftige Atembeschwerden, verbunden mit Krämpfen, schließlich Apathie und Tod.

Die über 60 Kinder, die im Laufe eines Jahres auf solche Weise zugrunde gegangen sind, kommen alle aus den Elendsvierteln und Elendsquartieren Neapels und Umgebung. Die Lage der Bevölkerung dort ist katastrophal; die vorhandenen Existenzmittel reichen oft nicht einmal zur Deckung der dringensten Lebensbedürfnisse; viele Kinder sind unterernährt. Die Wohnungsnot in den Elendsvierteln, die Arbeitslosigkeit, der Hunger, der verrottete Zustand des Gesundheitswesens, der Verfall der ohnehin ungenügenden sanitären Anlagen sind die wirklichen Erreger der tödlichen Seuche.

In Neapel sind von 200.000 Wohnungen insgesamt 75.000 ohne Bad und 39.000 ohne fließendes Wasser. 31.912 Familien — das sind rund 97.000 Personen — leben in den „Bassi", den Elendsquartieren. 62 Prozent dieser Unterkünfte sind feucht und fensterlos. Oft wohnt die ganze Familie in einem einzigen Raum.

Der Arbeitslosigkeit in Neapel und Umgebung ist die bei weitem höchste in ganz Italien. Von den 1,2 Millionen offiziell gemeldeten Arbeitslosen in Italien sind 300.000 allein in der Region Campanien und in Neapel registriert. Die wirkliche Arbeitslosigkeit ist noch bedeutend höher. Für die Stadt Neapel allein beträgt sie nach Angaben der Stadtverwaltung 370.000 Arbeitslose, davon 130.000 Jugendliche; dies bei einer Gesamtzahl von 1,3 Millionen Einwohnern.

Die Lebensumstände der fünf Monate alten Guilia Festa, die Ende Januar an dem „geheimnisvollen Übel" starb, stehen für viele: Guilia lebte zusammen mit ihren Eltern und sieben Geschwistern in der Altstadt-Straße Via Francesco Correra, in der Hunderte von Familien am Rande des Existenzminimus — meistens darunter — leben. Der einzige Wohn- und Schlafraum der Festas lag halb unter der Erde. Außer dem Ehebett gab es nur eine Reihe von verschimmelten Matratzen, auf denen die Kinder nachts dichtgedrängt lagen.

Angesichts der herrschenden Verhältnisse ist es nicht verwunderlich, daß Neapel — auch in „seuchenfreien" Zeiten — die mit Abstand höchste Kindersterblichkeit Italiens, vielleicht sogar die höchste Europas, hat. In Campanien sterben jährlich 2.000 Kleinkinder, davon 1.000 bereits in der ersten Lebenswoche. Die Todesursachen sind meist Erkrankungen der Atemwege. 53 Prozent aller in Italien an Infektionskrankheiten sterbenden Kinder stammen aus Neapel.

Die medizinische Versorgung der Region Neapel ist katastrophal. Es fehlen rund 200 Kinderärzte; nur ein Krankenhaus der Millionenstadt verfügt über eine Intensivstation: Santobono, in das die meisten der an der Seuche erkrankten Kinder eingeliefert werden und in dem sie dann auch oft sterben.

Infolge der unterträglichen sozialen Verhältnisse und des verrotteten Gesundheitswesens brechen in Neapel häufig Seuchen aus — so 1975 die Cholera. Neapel wird von einer unvorstellbaren Ratten- und Mäuseplage heimgesucht; das Kanal- und Abwässersystem der Stadt, das noch aus dem Jahre 1884 stammt, zerfällt.

Die Stadtverwaltung Neapels ist in den Händern der revisionistischen KPI, der Bürgermeister ist ein „Kommunist". Doch dieser Herr verwaltet nicht anders als seine Vorgänger von der Democrazia Cristiana das Elend der Werktätigen.

Die zuständigen Behörden zeigen, wie eine Zeitung schreibt, eine „erschreckende Hilflosigkeit". Diese Hilflosigkeit hat ihren guten Grund. Denn die Verantwortlichen kennen die Ursache der Seuche; sie wollen und können ihr jedoch nicht abhelfen. Denn Abhilfe schaffen, das heißt an dem System rütteln, das das Elend verursacht. So lassen die Verantwortlichen weiter nach irgendwelchen „unbekannten Erregern" fahnden; so greifen sie diejenigen wütend an, die die Hintergründe der Seuche — und seien es auch nur die medizinischen — aufdecken. Der Virologe Tarro etwa, der den verursachenden Virus bestimmte, sah sich — wie eine Zeitung schreibt — „den violenten Attacken seiner Kollegen vom Gesundheitsamt ausgesetzt". — Indessen sterben in Neapel die Kinder weiter.

In Neapel zeigt sich die Krise, die das kapitalistische System Italiens schüttelt, am schärfsten. Das Profitstreben der Fabrikanten und Großgrundbesitzer, Grundstücksspekulanten und Wohnungswucher haben hier bereits Hunderttausende von Werktätigen ins Elend gerissen, bedrohen weitere hunderttausend mit Verelendung.

Neapel beweist, daß das kapitalistische System auf einer bestimmten Stufe seiner Entwicklung nur noch Chaos, Zerfall und Krankheit produzieren kann. Mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben müssen die ausgebeuteten und zur Seite geschobenen Werktätigen und ihre Familien und Kinder zuletzt den ständig wachsenden Reichtum der Kapitalisten bezahlen. — Anfang 1978, als in Neapel die ersten Kinder der Seuche zum Opfer fielen, wurde die Importstatistik für das Jahr 1977 veröffentlicht. Danach war der Import von Kaviar und Rolls Royce nach Italien 1977 um 50 Prozent angestiegen...

Carter in Mexiko



„Gibst du den Finger, nehm' ich gleich die Hand!
Her mit der Hand! Und laß die finstern Blicke!
Ich hör', es gibt viel Öl in deinem Land . . .
— Kannst du nicht lachen, wenn ich Hände drücke?"
„Ich lache gerne, Mister — doch nicht jetzt!
Ich lach' mit meinem Volk, das lacht — zuletzt!"



Samstag, 24. Februar, 19.30 Uhr, ZDF: das Jugendmagazin **Direkt**. Thema: „Heimsituation und Heimerziehung von Jugendlichen". Der Film befaßt sich mit dem Mädchenheim Birkenhof in Hannover. Die dort angewandten ungeheuerlichen Unterdrückungsmethoden lösten im letzten Sommer große Empörung unter der Bevölkerung und Kampfmaßnahmen der Betroffenen aus. Im „Roten Morgen" berichteten wir mehrfach darüber (vgl. RM 26, 28 und 31/78).

Samstag, 24. Februar, 20.15 Uhr, WDR III: **Das Brot des Bäckers.** Fernsehfilm von Erwin Keusch. In dem Spielfilm wird der Versuch unternommen, die Lebens- und Arbeitssituation eines Bäckers sowie die Veränderungen im Backgewerbe realistisch darzustellen. Der Film war bereits im Januar im ZDF gesendet worden.

Sonntag, 25. Februar, 11.15 Uhr, ARD: **Nachtmenschen.** Porträt zweier Schichtarbeiter — eines Fernfahrers und eines Hochofenarbeiters.

Dienstag, 27. Februar, 16.15 Uhr, ARD: **Klaus, der Geiger.** Film über den Kölner Straßenmusiker Klaus von Wrochem. Streik, Fahrpreiserhöhung, Bankpleite und anderes sind die Themen seiner sozial engagierten Lieder.

Donnerstag, 1. März, 22.15 Uhr, WDR III: **Industriefotographie**. Der Film von Harun Farocki bringt Fotos von Schwerinudstrie und Bergbau im Ruhrgebiet — Dokumente der Industriegeschichte. Der Film kann Amateurfotografen einige Anregungen geben.

Freitag, 2. März, 21.45 Uhr, NRD III: **Torquato Tasso.** Schauspiel von Johann Wolfgang Goethe. Bremer Bühnenfassung mit Bruno Ganz, Wolfgang Schwarz, Jutta Lampe, Edith Clever u.a. Regie: Peter Stein.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag Roter Morgen Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......
○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00**

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel. 0231 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Politische Buchhandlung Spartacus, Sudbrackstr. [illegible], Tel.: 0521/17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 15.00-18.30, Mi 12.00-13.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestraße 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr

4300 **ESSEN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Altendorfer Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/62 42 99, geöffnet: Do und Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10.00-12.00 Uhr. Tel. 0461/2 96 01

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di und Do 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/36 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 17.00-18.30 Sa 10.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/4 64 24, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 13.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr. 089/2607554

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo, Di, Do und Fr: 11.00-18.00 Uhr, Mi 15.00-18.00 Uhr und Sa 10.00-13.00 Uhr.